

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Siebenundsiebzigste öffentliche Sitzung

Nr. 77

Freitag, den 2. Juli 1948

II. Band

Geschäftliches Seite
1606, 1618, 1624

Interpellationen der Abgeordneten

- a) Dr. Probst und Genossen betreffend **Sicherung der Unterkunfts- und Lebensmöglichkeiten für Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei und anderen südosteuropäischen Staaten** (Beilage 1527).

Redner:

Frau Dr. Probst (CSU) 1606-1608
Staatsminister Dr. Antermüller . . . 1606, 1608-1609

- b) Dr. Hoegner und Genossen betreffend **unsoziale Auswirkungen der Währungsreform und Lastenausgleich** (Beilage 1530).

Redner:

Kramer (SPD) 1609-1610
Staatssekretär Dr. Müller 1609, 1610-1613
Staatsminister Krehle 1613-1614
Ministerpräsident Dr. Chard 1614-1618
Haußleiter (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . 1618
Dr. Hoegner (SPD) [zur Geschäftsordnung] . . 1618

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den **Staatshaushalt** zum Antrag der Abgeordneten **Stoß** und Genossen betreffend **behördenmäßige Unterstellung der Landpolizei** (Beilage 1213).

Redner:

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter] . . . 1618-1620

Mündlicher Bericht des Ausschusses für **Eingaben und Beschwerden** zur Eingabe von Dr. **Robert Stadler** um **Zuweisung von Bekleidungsgegenständen für heimkehrende Kriegsgefangene** (Beilage 1462).

Redner:

Kurz (CSU) [Berichterstatter] 1620

Mündlicher Bericht des Ausschusses für **Sozialpolitische Angelegenheiten** zum Antrag der Abgeordneten **Hofer** und Genossen betreffend **Aufhebung des Verbots der Herstellung von Mitteln zur Schwangerschaftsverhütung** (Beilage 1511).

(Gegenstand wird zurückgestellt.)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für **Verkehrsfragen** zum Antrag der Abgeordneten **Schneid-**

er und Genossen, **Meyer Ludwig** und **Dr. Wittmann** betreffend **Verbesserung des Eisenbahnverkehrs in Franken** (Beilage 1473).

(Ohne Erörterung.)

Mündliche Berichte des Ausschusses für **Ernährung und Landwirtschaft** zu den Anträgen der Abgeordneten

- a) **Riene** und Genossen betreffend **Nachkontrolle der hinausgegebenen Holzumlagen** (Beilage 1514).

Redner:

Röll (SPD) [Berichterstatter] 1620
(Gegenstand wird zurückgezogen.)

- b) **Riene** und Genossen betreffend **Kontrolle über die Verwertung des Holzes und Lösung der Holzwirtschaftsstelle vom Landwirtschaftsministerium** (Beilage 1515).

Redner:

Röll (SPD) [Berichterstatter] 1621

- c) **Ortloph** und Genossen betreffend **Erhöhung der Zahl der Wildhüter** (Beilage 1513).

Redner:

Centmayer (CSU) [Berichterstatter] . . . 1621-1622

- d) **Brunner, Dr. Linnert** und Genossen betreffend **Stickstoffversorgung der Landwirtschaft** (Beilage 1516).

Redner:

Brunner (FDP) [Berichterstatter] 1622

Mündlicher Bericht des Ausschusses für **Wirtschaft** zu den Anträgen der Abgeordneten **Kleßinger** und Genossen betreffend

- a) **Bildung von Ausschüssen zur Überwachung der Verwendung beschlagnahmter Güter usw.** (Beilage 1145).

Redner:

Bodesheim (FDP) [Berichterstatter] . . . 1622-1623

- b) **Verwaltung beschädigter Wohngebäude durch die Gemeinde unter Hinzuziehung von Vertretern öffentlicher Körperschaften** (Beilage 1145).

Redner:

Bodesheim (FDP) [Berichterstatter] 1623

- | | Seite |
|---|-----------|
| c) Anweisung der Verbraucherausschüsse über Bezugsnachweise zur strengen Kontrolle (Beilage 1145).
Redner:
Bodesheim (FDP) [Berichterstatter] | 1623 |
| d) Verhinderung der Vernichtung von Druckerzeugnissen schöngeistiger und wissenschaftlicher Art durch Altmaterialhändler (Beilage 1145).
Redner:
Bodesheim (FDP) [Berichterstatter] | 1623 |
| e) Maßnahmen bei Behörden aus Anlaß der Kohlenknappheit (Beilage 1145).
Redner:
Bodesheim (FDP) [Berichterstatter] | 1623-1624 |
- (Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Sitzungssaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschuldigungs-gesetzes sind entschuldigt die Abgeordneten Anetseder, Dr. Baumgartner, Endemann, Höllerer, Kaiser, Körner, Riedmiller, Schwingenstein, Dr. Vogtherr. Anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Berger Rupert, Dr. Lafonet, Lau, Pechtl, Schneider, Stinglwagner, Stock, Strobel, Witzlinger, Dr. Wuzlhofer.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich dem Hause folgendes mitzuteilen. Die Ziffer 6 a ist irrtümlich auf die Tagesordnung gekommen; diese Ziffer fällt aus, weil dieser Gegenstand schon im Landtag zur Erledigung gekommen ist.

Bezüglich der Ziffer 5 der Tagesordnung hat der Herr Kultusminister mir die Bitte vorgebracht, diesen Punkt bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, weil er heute nicht anwesend sein kann. Ich nehme an, daß das Haus mit der Zurückstellung einverstanden ist.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

Interpellation der Abgeordneten Dr. Probst und Genossen betreffend Sicherung der Unterkunft- und Lebensmöglichkeiten für Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei und anderen südosteuropäischen Staaten (Beilage 1527).

Zur Verlesung der Interpellation hat das Wort Frau Abgeordnete Dr. Probst.

Frau Dr. Probst (CSU): Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, daß ich zuerst die Begründung geben und dann die Verlesung anschließen darf.

Präsident: Nein, zuerst die Verlesung.

Frau Dr. Probst (CSU): Also zuerst die Verlesung!

Interpellation.

Ist die Staatsregierung in der Lage und bereit, Aufklärung zu geben, ob und welche Schritte bereits unternommen und beabsichtigt sind, um den täglich aus der Tschechoslowakei und den südosteuropäischen Staaten unaufhaltsam hereinströmenden Flüchtlingen, die zur Zeit in bereits überfüllten Grenzlagern zu leben gezwungen sind und die bei der statistisch bewiesenen katastrophalen Überbelegung und den fehlenden Existenzmöglichkeiten in Bayern nicht mehr aufgenommen werden können, Unterkunft und Lebensmöglichkeiten zu sichern?

Präsident: Ist die Staatsregierung bereit, die Interpellation zu beantworten?

Staatsminister Dr. Unterkmüller: — Die Staatsregierung ist bereit.

Präsident: Frau Abgeordnete Dr. Probst hat nun das Wort zur Begründung der Interpellation.

Frau Dr. Probst (CSU): Ich darf zur Begründung zunächst einen kurzen historischen Überblick über die Entwicklung der Zuwanderungen aus dem Osten geben. Während im Jahre 1946 die Flüchtlingstransporte in gedrängter Fülle hereinströmten und Ende dieses Jahres die Zahl von eineinhalb Millionen bereits überschritten war, ebte der Strom im Jahre 1947 erheblich ab. Dies geschah im Zusammenhang mit einem Abkommen zwischen der englischen und der amerikanischen Militärregierung und der tschechischen Regierung, wonach pro Woche nicht mehr als 50 Personen die Grenze überschreiten sollten. Dieses Abkommen wurde im Herbst 1946 geschlossen. Die Grenzübertritte im Jahre 1947 erfolgten dann nur mehr im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung. Daneben setzte aber im Frühjahr 1947 ein illegaler Grenzgängerstrom ein, der schon bis Ende des Jahres 1947 75 000 Personen umfaßte, die in den Grenzlagern registriert und gezählt worden waren. Dieser Strom wurde Anfang 1948 stärker. In den Monaten März/April wurden 11 000 illegale Grenzgänger gezählt. Daß die Zahl aber bedeutend höher war, haben wir jetzt bei der Ausgabe der Kopfsquote erlebt, als über 100 000 Personen, die sich im Lande ohne Lebensmittellkarten aufhielten und vom Schwarzen Markt lebten, Bayern fluchtartig verließen.

Dieses Problem des Grenzgängertums ist aber nun seit dem Staatsstreik in der Tschechoslowakei und infolge der schwierigen politischen Lage in den südosteuropäischen Staaten in ein kritisches Stadium getreten. Langsam, aber stetig schwillt seither der Strom an und hat in letzter Zeit die Stärke von 600 Menschen pro Tag erreicht. Das sind nun nicht mehr illegale Grenzübertritte, die heimlich des Nachts erfolgen; diese neuen Grenzübertritte gehen unter den Augen der tschechischen Grenzbeamten vor sich, die zum Teil die Schlagbäume entfernen und die die Flüchtlinge mit Lastkraftwagen und, soweit es sich um sogenannte Antifaschisten handelt, sogar mit vollem Gepäck und mit dem Kleinvieh zur deutschen Grenze lassen. Unter diesen Grenzgängern befinden sich nicht nur Nationaltschechen — bisher 4000 —, Nationaljugoslawen, -rumänen, -bulgaren, -ungarn, ja sogar Araber und Türken, sondern ebenso Volksdeutsche aus diesen Gebieten und Sudetendeutsche, die von der tschechischen Regierung mit Zwangsumsiedlung in das

(Dr. Probst [CSU])

Innere des Landes und mit Enteignung bedroht werden. Diesen verfolgten Menschen muß man genau so das Asylrecht zubilligen und zuerkennen, wie es auch den Nationaltschechen von der Militärregierung zuerkannt wird.

Obwohl die amerikanische und die britische Militärregierung nach wie vor ausdrücklich an dem eben erwähnten Abkommen vom Herbst 1946, wonach nur 50 Personen pro Woche die Grenze überschreiten dürfen, festhalten, vollziehen sich die neuen Grenzübertreitte mit einer so elementaren Wucht, so unaufhaltsam, daß demgegenüber die beschränkten administrativen deutschen Möglichkeiten versagen müssen, ganz abgesehen davon, daß für uns die Gründe der Menschlichkeit zwingend sind.

Diese bedrohliche Lage wird dadurch verschärft, daß ständig DP's aus IRO-Lagern mit der Begründung, daß sie keinen rechtmäßigen DP-Paß haben, in deutsche Lager überwiesen werden. Dazu kommen laufend zuwandernde Ausländer und nicht zuletzt DP's, die bereits durch Vermittlung der IRO nach Belgien und Frankreich ausgewandert waren, aber nun zu uns zurückkommen, wahrscheinlich deshalb, weil ihnen die Arbeitsmöglichkeiten drüben nicht zugesagt haben.

(Zuruf: Weil sie nicht wollen!)

— Weil sie drüben nicht arbeiten wollen, ganz recht. Eine Liste von 243 solcher Personen liegt dem Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen vor.

Die erste Folge dieses Zustroms ist eine starke, zum Teil 50- bis 100prozentige Überbelegung unserer Grenzlager Hof-Moschendorf, Furth im Wald, Schalbing und Piding. Furth im Wald, das normalerweise 1400 Personen fassen kann, war in letzter Zeit zeitweise mit 3000 Menschen belegt. Es ist vorgekommen, daß die in Zügen Angekommenen die Züge nicht verlassen konnten, weil keine Möglichkeit bestand, sie anderweitig unterzubringen. Es ist teilweise vorgekommen, daß in Furth selbst Frauen und Kinder unter freiem Himmel nächtigen mußten. Die Seuchengefahr, die durch solche Überbelegungen gegeben ist, kann rasch akut werden.

Nun erfolgt dieser Zustrom über die bayerische Grenze in einem Augenblick, da der uns noch verbliebene Wohnraum von über viereinhalb Millionen Wohnräumen — über eine Million Wohnräume sind zerstört — bei einer Dichte von 1,96 bereits überbelegt ist. Dabei ist zu bedenken, daß diese Zahl nur eine Durchschnittszahl darstellt und daß die Dichte bei Flüchtlingen und auch bei Ausgebombten bedeutend höher liegt. Wir haben hier Belegungszahlen bis über 4. Im Durchschnitt ist die Wohndichte bei Flüchtlingen 3,5 Personen pro Wohnraum. Dabei ist weiter zu bedenken, daß 18 000 Menschen immer noch in Massenlagern leben, und bis heute ist es noch nicht gelungen, sie in Wohnraum einzuweisen. Es ist schon einmal berichtet worden, daß sich unter diesen Lagern, z. B. in Nürnberg, ein Bunker befindet, ohne Licht, nur mit künstlicher Beleuchtung und künstlicher Belüftung, wo das Wasser von den feuchten Wänden heruntertropft, daß die Ausgebombten in Würzburg heute noch in Kellern wohnen, deren Decken nicht mehr dicht halten, sodaß die Leute nach starken Regengüssen gezwungen sind, ihre Möbel aus den Räumen

herauszunehmen und das Wasser auszuschöpfen. Das Anwachsen der Tbc gerade in diesen gedrängten, überfüllten Massenvierteln spricht eine eindringliche Sprache. Nicht zuletzt muß darauf hingewiesen werden, daß Bayern noch 160 000 Kriegsgefangene zurückerwartet, die nach den langen Jahren der Trennung ein Anrecht auf den ihnen gebührenden Platz in der Heimat haben.

Wie gänzlich unmöglich die Freimachung weiteren Wohnraums in Bayern ist, beweist am besten die Tatsache, daß die von OMGUS geforderte Bereitstellung von Wohnraum für 100 Arbeiter des Lokomotiv-Reparaturprogramms der Firma Kraus-Maffei nicht ermöglicht werden kann. Es ist im Augenblick so, daß für die erste Aufnahme dieser hereinströmenden Flüchtlinge Wirtshaus- und Tanzsäle bereitgestellt werden müssen; ja sogar die Freigabe von Schulsälen wird notwendig werden. Diese außerordentliche Überbelegung führt dazu, daß Industrieraum, der für Industriezwecke verwendet werden sollte — und dazu gehört auch der Raum in den jetzt freierwerdenden Internierungslagern — nun für Massenbelegungen in Anspruch genommen werden muß. Das bedeutet, daß dieser Raum, der Tausenden von Menschen Arbeit und Brot geben könnte, wenn er zu Industriezwecken verwendet würde, nun dazu dienen muß, neuen Tausenden von Menschen Notunterkunft zu geben, ohne Brot und Arbeit. Diese neu Einwandernden kommen heute ohne einen Pfennig Geld. Sie finden unter den gegebenen Umständen keine Ernährungsbasis und keine Existenzmöglichkeit.

Meine Damen und Herren! Diese neue Einwanderung stellt uns vor ungeheure wirtschaftliche, soziale, finanzielle und politische Aufgaben, denen Bayern allein nicht gerecht werden kann. Bayern allein kann nicht die Verantwortung für diese Zehntausende, ja vielleicht sogar Hunderttausende übernehmen; es sind jetzt noch 200 000 Sudetendeutsche in der Tschechoslowakei. Wir können es nicht verantworten, diese schwer geprüften Menschen nach all den schweren seelischen und körperlichen Belastungen nun menschenunwürdig in Massenquartieren, in Tanzsälen, in Wirtshausälen unterzubringen, ohne ihnen eine Existenzmöglichkeit bieten zu können. Gerade ich als Frau kann es nicht schweigend mit ansehen und miterleben, wie hier wieder unschuldige Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden, wie ihnen der Beruf und die Existenz genommen wird, mitzuerleben, wie kleine Kinder in diesen Massenlagern — ich sehe das jetzt oben in dem Interniertenlager Hammelburg — rachitisch werden, wie sie geistig zurückbleiben, zu sehen, wie die halbwüchsige Jugend unter diesen unerträglichen Lebensbedingungen verwahrlost und asozial wird. Wir können diese Menschen nicht einer namenlosen Verelendung entgegengehen lassen. Ich möchte hier ein Wort an die amerikanischen Frauen des Kongresses richten, ich möchte insbesondere Mrs. Woodhouse ansprechen, die kürzlich hier in München war und sehr viel Güte und Verständnis bewiesen hat. Ich möchte sie bitten — ich hoffe, daß dieses Wort zu ihr hinüberdringt —, den Frauen und Kindern, die in den bayerischen Grenzlagern, in den bayerischen Wirtshaus- und Tanzsälen unter auf die Dauer unerträglichen Lebensbedingungen zu leben gezwungen sind, ihr mütterliches Verständnis und ihre Hilfe nicht zu versagen.

Ich wiederhole es: Bayern allein kann mit diesem Problem nicht fertig werden. Bayern ist von allen Ländern der US-Zone wohnungsmäßig um 550 000 Per-

(Dr. Probst [CSU])

sonen überdurchschnittlich belegt, während Württemberg-Baden um 430 000 und Hessen um 120 000 Personen unterdurchschnittlich belegt sind. Bayern hat unter den Ländern der US-Zone die stärkste Bevölkerungszunahme, nämlich 28,3 Prozent, während Hessen 16,8 Prozent, Württemberg 14,2 Prozent haben.

(Hört, hört!)

Demgemäß ist die Wohndichte in Bayern mit 1,96 im Durchschnitt die höchste der US-Zone.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns auch darüber klar sein, daß dieses Problem nicht das ist, was man eine deutsche Angelegenheit nennt. Es ist keine deutsche Angelegenheit mehr. Ich will nicht von der bisher verweigerten Freigabe von Tausenden von unbelegten IRO-Betten sprechen, ich will nur darauf hinweisen, daß die Folgen der geschilderten Zustände einer Gefährdung der Währungsreform und des Marshall-Plans gleichkommen, zumal diese Ausweisungen entgegen internationalen Abmachungen sich vollziehen. Die durch diese Entwicklung drohende Verelendung von Massen würde, wenn nicht bald eine konstruktive Lösung gefunden wird, zu Radikalisierung und Anarchie führen. Es würde das Wort wahrgemacht werden, das ein Labour-Abgeordneter bei der Jugendtagung in München gesprochen hat: „Rußland wünscht ein Chaos vor dem eisernen Vorhang.“ Das Bild eines überfüllten, zu kleinen Rettungsboots, das zu kentern droht, drängt sich auf.

So richten wir aus den dargelegten Gründen unsere Interpellation an die Staatsregierung.

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Anfermüller.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die überaus ernste Lage, in die Bayern durch den unablässigen Zustrom illegaler Grenzgänger aus der Ostzone, der Tschechoslowakei und den südosteuropäischen Staaten geraten ist, hat die Staatsregierung veranlaßt, bereits im April 1948 sich in einer eingehenden Denkschrift an die Militärregierung zu wenden und sie um ihre Hilfe um die Beseitigung der dringenden Notstände zu bitten.

Die Denkschrift schloß mit folgenden Vorschlägen:

1. Die von der amerikanischen Armee nicht mehr benutzten Kasernen und sonstigen Objekte, die zur Unterbringung von Menschen oder zur Ansiedlung von Industrien geeignet sind, sollten beschleunigt der Staatsregierung zur Verfügung gestellt werden.

2. Der bevorstehenden Sprengung früherer militärischer Objekte, die zur Unterbringung von Flüchtlingen oder zur Ansiedlung von Industrien geeignet sind, müßte sofort Einhalt geboten werden. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Bunker in Kraiburg, Leipheim und Wolfratshausen, wo inzwischen eine blühende Industrie entwickelt werden konnte. Ihre Vernichtung bedroht die Existenz Tausender von Flüchtlingen, die in jenen Anlagen zum Teil ihr letztes Geld investiert hatten.

3. Die IRO besitzt in Bayern eine Reihe von Kasernen, Lagern, Krankenhäusern usw., die zum Teil

nicht voll belegt sind. Durch Zusammenlegung der Kasernen und Freigabe der nicht mehr benötigten Gebäude könnte eine fühlbare Verminderung der bestehenden Schwierigkeiten erreicht werden. Die Staatsregierung weiß, daß die Militärregierung auf die IRO-Lager keinen unmittelbaren Einfluß nehmen kann. Es wäre jedoch sicher von großem Nutzen, wenn die Militärregierung entsprechende Schritte der Staatsregierung bei dem Hauptquartier der IRO unterstützen würde. Eine Freigabe gewisser, durch die IRO zur Zeit beanspruchter Kasernen und Lager erscheint auch deshalb gerechtfertigt, weil die IRO laufend ehemalige DP's der bayerischen Flüchtlingsverwaltung zur weiteren Betreuung überweist. Nach dem Stand vom 5. März 1948 wurden in Bayern 242 IRO-Lager gezählt. Nach den Meldungen des IRO-Hauptquartiers in Heidelberg selbst war von 17 Lagern die Kapazität weniger als zur Hälfte ausgenutzt.

4. Endlich müßten die 287 000 nichtbayerischen Evakuierten nach entsprechenden Verhandlungen mit den zuständigen Militärregierungen in ihre Heimatgebiete zurückgeführt werden können. Ein erheblicher Teil von ihnen geht nämlich keiner volkswirtschaftlich wichtigen Arbeit nach, sondern lebt überwiegend in Kurorten und Sommerfrischen und belastet die bayerische Ernährungs- und Wohnraumlage in empfindlicher Weise. Die Rückführung könnte auf diejenigen Personen beschränkt werden, die entweder selbst den Wunsch haben, in ihren in der anderen Zone gelegenen Heimatort zurückzukehren, oder die sich ohne Arbeit in Bayern aufhalten und im wesentlichen vom Schwarzen Markt oder anderen unlauteren Quellen ihren Lebensunterhalt finden.

Das sind die Vorschläge der Denkschrift gewesen, die im April 1948 der Militärregierung von Bayern übergeben wurde. Diese Eingabe hatte den Erfolg, daß der Termin für die Enttarnung der Bunker, die Voraussetzung für ihre Erhaltung war, von Mitte Mai auf Ende Juni verlegt wurde. Es ist wohl anzunehmen, daß die rückständigen Enttarnungsarbeiten bis zum heutigen Tage restlos durchgeführt werden konnten und damit die Anlagen der bayerischen Wirtschaft erhalten bleiben.

In der Zwischenzeit hatte die illegale Zuwanderung aus der Tschechoslowakei beträchtlich zugenommen. Der Herr Ministerpräsident hat daraufhin unter dem 23. Juni 1948 der Militärregierung einen erneuten Bericht zugeleitet, in dem die Wohnraumlage Bayerns gegenüber den übrigen süddeutschen Staaten an Hand statistischer Unterlagen dargestellt und darauf hingewiesen wurde, daß Bayern gegenüber den anderen süddeutschen Ländern stark überbelegt ist. Die Personendichte je Wohnraum über 6 qm ist in Bayern 1,96, in Hessen 1,79 und in Württemberg-Baden 1,69. Im übrigen hat ja schon die Begründerin der Interpellation weitere Zahlenbeispiele vorgetragen. Da es bisher nicht gelungen war, mit Württemberg-Baden und Hessen einen Ausgleich innerhalb der US-Zone auf der Basis der Freiwilligkeit herbeizuführen, wurde über OMGUS um einen sofortigen vorläufigen Spigenausgleich in Höhe von zunächst 200 000 Personen gebeten, wobei die beiden anderen Länder der US-Zone 100 000 Personen sofort, weitere 100 000 im Zuge der laufenden Einwanderung illegaler Flüchtlinge, gerechnet vom 1. Mai 1948, aufzunehmen hätten.

Damit soll dem endgültigen Ausgleich der Überbelastung nicht vorgegriffen werden, der erst auf Grund

(Staatsminister Dr. Untermüller)

der im Herbst dieses Jahres stattfindenden allgemeinen Wohnraumzählung möglich sein und zweifellos eine weitere Entlastung Bayerns zur Folge haben wird.

Nach Absendung dieses Berichts vom 23. Juni 1948 hat die Lage sich weiterhin geradezu katastrophemäßig zugespitzt, worauf ich besonders hinweisen muß. Gegen Ende Juni 1948 hat die Zahl der täglich aus der Tschechoslowakei eintreffenden illegalen Grenzgänger die Spitze von rund 600 Personen erreicht. Hinzukommen aus den südosteuropäischen Staaten täglich rund 80 Personen, hauptsächlich Volksdeutsche aus Jugoslawien, die über Österreich vorwiegend in den Landkreis Berchtesgaden einwandern. Die Grenzpolizei ist infolge Fehlens ausreichender Kräfte nicht in der Lage, die Grenze hermetisch abzusperren. Dasselbe gilt natürlich in erhöhtem Maße für die lange Grenze gegen die Tschechoslowakei und die russische Zone, in die allein bis jetzt noch illegale Grenzgänger zurückgeschickt werden können.

Die Aufnahme der deutschen Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei erschwert sich dadurch, daß diese Personen weitgehend mit ihrem gesamten Mobiliar, ja sogar mit Kleintieren über die Grenze kommen. Auch darauf ist vorhin schon hingewiesen worden. Angesichts dieser neuen Situation hat die Staatsregierung unter dem 28. Juni 1948, also vor wenigen Tagen, ein erneutes Schreiben an die Militärregierung gerichtet und zur Abwendung einer Katastrophe in letzter Stunde um unverzügliche Herbeiführung des am 16. Juni 1948 erbetenen Spitzenausgleichs in Höhe von 200 000 Personen gebeten. Gleichzeitig wurden folgende Vorschläge wiederholt und zur Würdigung unterbreitet:

1. Stärkere Zusammenlegung der von der IRO betreuten Personen zur Gewinnung von Raum für die Flüchtlinge,
2. Freigabe von unterbelegten oder leeren Kasernen,
3. endliche Öffnung der französischen Zone zur Aufnahme der Flüchtlinge.

Außerdem wurde darum gebeten, nach Annahme des amerikanischen Einwanderungsgesetzes die in Bayern befindlichen DP's in erster Linie für die Auswanderung nach den USA vorzusehen.

Zur Entlastung des ständig bis ins Unerträgliche überlasteten Grenzlagers in Furtch im Wald, das trotz größter Anstrengungen und Ausschöpfung aller noch vorhandenen Lager nicht ausreichend frei gemacht werden konnte, wurde ein neues Grenzauffanglager in Hof eingerichtet und die sofortige Einrichtung von behelfsmäßigen Massenlagern in allen Landkreisen, außer in dem am stärksten belasteten Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz, angeordnet, da ohne eine derartige Maßnahme die beiden Grenzlager Furtch im Wald und Hof in wenigen Tagen wiederum überlastet werden.

Soweit die Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei nicht im Rahmen der Familienzusammenführung für Bayern zugangsberechtigt sind, bleiben sie in diesen Lagern, bis die Bemühungen der Militärregierung, die unsere Bemühungen unterstützt, von Erfolg sein werden und die Weiterleitung in außerbayerische Auffanggebiete möglich ist. Ich selbst habe am 29. Juni mit dem Landdirektor Herrn van Wagoner verhandelt und ihn auf diesen Notstand hingewiesen. Er hat auf meine Bitte zugesagt,

unsere Bemühungen zu unterstützen. Der Herr Ministerpräsident, der unterrichtet ist, hatte vor, bei seiner heutigen Anwesenheit in Frankfurt a. M. mit den Herren Generalen, insbesondere mit Herrn General Clay, über diese Sache zu verhandeln. Es wird abzuwarten sein, welchen Bericht zu dieser Sache der Herr Ministerpräsident aus Frankfurt mitbringt.

Präsident: Eine Besprechung der Interpellation wird anscheinend nicht gewünscht. — Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zur

Interpellation der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betreffend unsoziale Auswirkungen der Währungsreform und Lastenausgleich (Beilage 1530).

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Kramer, die Interpellation zu verlesen.

Kramer (SPD): Die Interpellation lautet:

Welche Schritte hat die Staatsregierung unternommen und gedenkt sie weiter zu unternehmen, um die vielfach unsozialen Auswirkungen der Währungsreform zu mildern, insbesondere den kleinen Sparern und alten Leuten durch eine höhere Aufwertung einen Teil ihrer Ersparnisse zu retten?

Ist die Staatsregierung bereit, beim bevorstehenden Lastenausgleich auf eine scharfe Besteuerung der gehorteten Waren und Bestrafung der durch strafbare Hortung begangenen Wirtschaftsverbrechen zu dringen?

Hat die Staatsregierung genügend Vorkehrungen getroffen, um Entlassungen von Arbeitern und Angestellten möglichst zu vermeiden?

Präsident: Ich frage Herrn Staatssekretär Müller, ob er bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Staatssekretär Dr. Müller: — Ja, wenn der Herr Interpellant die Interpellation begründet hat.

Präsident: Herr Abgeordneter Kramer zur Begründung der Interpellation.

Kramer (SPD): Jeder anständige und ehrliche Deutsche war befriedigt, als uns die Proklamation der Militärregierung die Währungsreform brachte. Man war sich klar, daß eine Währungsreform auch gewisse Härten in sich schließen werde. Sie hat jedoch eine besondere Härte, an der kein verantwortlicher Politiker und Staatsmann vorbeigehen kann: die völlige Vernichtung der kleinen Sparguthaben. Man hätte mindestens eine Freiquote lassen müssen. Wir sind uns darüber klar, daß bei der Ausarbeitung und Entscheidung vielleicht mehr Fachleute nach der technischen als nach der sozialen Seite hin mitgewirkt haben.

Diese Härte birgt zwei große Gefahren in sich: eine politische und eine wirtschaftliche. Vergessen wir nicht, daß die gleiche Härte schon 1923 das Vermögen unzähliger kleiner Sparer vernichtet und sie damit aus der Bahn geworfen hat! Viele gerieten dadurch in Gegensatz zu dem neuen Weimarer Staat und haben ihn darum auch gehaßt. Jene Verbitterung war der Keim zur Entwicklung des Dritten Reichs, das solches Unglück

(Kramer [SPD])

über Deutschland und die Welt gebracht. Auch heute ist die Wiedervernichtung der kleinen Sparguthaben der schlechteste Dienst an der Demokratie. Denken wir an die Menschen, die an der Altersgrenze stehen, die nicht mehr die Kraft besitzen, Neues zu schaffen! Denken wir daran, daß ein großer Teil von Menschen, die ehrlich und redlich in Jahrzehnten ihre kleinen Sparbeträge zusammengelegt haben, jetzt mit vielleicht 60 Jahren wieder vor einem Nichts stehen! Denken wir an jene Tausende und Hunderttausende von Flüchtlingen, die die Heimat verloren haben und jetzt den letzten Rest ihres Vermögens und ihre Notpfennige dahinschwimmen sehen! Man muß sich vorstellen: Tausende von Kriegsgefangenen kehren in die Heimat zurück, oft vielleicht noch in eine zerstörte Wohnstätte und stehen vor einem völligen Nichts. All diese Menschen werden eine gewisse Unzufriedenheit in sich tragen. Jene Unzufriedenen werden, genau wie vor 25 Jahren, ein Reservoir jener Parteien sein, die dann der Demokratie gefährlich werden. Das ist die ungeheure politische Gefahr, an der wir nicht vorübergehen können, wenn wir den Vergleich mit 1923 ziehen.

Diese Härte besitzt aber auch eine wirtschaftliche Gefahr, die Gefahr, daß die Moral des Sparens vernichtet wird. Gerade jetzt benötigt die Wirtschaft viel dringender als zu anderer Zeit Kapital, um sich zu erholen und wieder vorwärts zu kommen. Besonders notwendig ist, daß gerade durch die Kleinsparer, die ihr Geld anlegen, jene langfristigen Kredite geschaffen werden, welche die Wirtschaft so notwendig braucht. Man denke nur daran, daß die Sparguthaben bei der Stadtparkasse Augsburg allein 235 Millionen Mark ausmachten! Es war jener Grundstock an Kapital für jene langfristigen Kredite, die besonders in der Bauindustrie notwendig waren. Wir alle wissen ja, daß durch die langfristige Kreditierung bestimmt wird, ob viel oder wenig gebaut werden kann. Die Bauindustrie ist aber nicht nur als Industrie, sondern als Schafferin von Wohnungen aus politischen Gründen unentbehrlich, um große Unzufriedenheit zu beheben. Die Bauindustrie ist auf der andern Seite eine Schlüsselindustrie, mit der ungezählte Industrie- und Wirtschaftszweige eng verbunden sind. Sie bestimmt damit auch, ob eine Wirtschaftskrise zu erwarten ist.

Aus all diesen Gründen ist es Aufgabe der Staatsregierung, alles zu unternehmen, um jenen kleinen Sparern wieder einigermaßen die Kraft, den Glauben und die Moral zu geben, an einer neuen Zeit und neuen Wirtschaft mitzuarbeiten. Weiterhin ist von der Staatsregierung zu erwarten, daß sie gegen jene vorgeht, die in den letzten Jahren durch ihre verbrecherische Hortung aus der allgemeinen Not Kapital geschlagen haben und jetzt erst recht wieder den ehrlichen und redlichen Geschäftsleuten bei der Bildung neuen Kapitals voraus sind. So wird der redliche Geschäftsmann von vornherein dafür bestraft, daß er in den letzten Jahren ehrlich war. Es ist der Staatsregierung möglich, durch die Finanzämter nachprüfen zu lassen, wieweit die Hortung gegangen ist, und durch Besteuerung jener Hortung einen Ausgleich für die ehrlichen und anständigen Menschen zu schaffen.

Weiterhin wollen wir von der Staatsregierung erfahren, welche Maßnahmen sie eingeleitet hat oder einzuleiten gedenkt bei großer Arbeitslosigkeit von

Arbeitern und Angestellten. Es ist sehr wichtig, das nicht erst zu wissen, wenn Tausende und Hunderttausende schon arbeitslos geworden sind. Von der Staatsregierung ist eine klare Antwort zu erwarten, welche Maßnahme sie in der kommenden Zeit ergreifen will. Denn seien wir uns klar: All die Schwierigkeiten, vor allem die Kreditierung, werden in den nächsten Wochen und Monaten gewisse Zweige der Wirtschaft absinken lassen und Arbeitslose schaffen. Da möchten wir gerne wissen, was die Staatsregierung zu tun gedenkt.

Diese Fragen sind nicht nur eine Angelegenheit des hohen Hauses, das gesamte bayerische Volk blickt heute auf die Staatsregierung; denn es geht um Grundfragen seines Wirtschaftslebens, die entscheidend sind für die nächste Zukunft.

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Müller.

Staatssekretär Dr. Müller: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß die Geldumstellung notwendig war, ist wohl von allen Seiten anerkannt. Die Lage, vor der wir nach der Geldumstellung stehen, ist die Bilanz des falschen Weges, den ein verblendetes Regime dem deutschen Volke gewiesen hat. Wir wissen, daß die Geldumstellung große Härten für die minderbemittelten Kreise, besonders auch für die kleinen Sparer und Flüchtlinge gebracht hat.

Aber die Geldumstellungsgesetze sind nicht von einer deutschen Staatsregierung erlassen worden, sondern von der Militärregierung. Die deutschen Sachverständigen haben die Militärregierung beraten; ich bin sicher, daß bei diesen Beratungen die deutschen Vertreter auch das soziale Moment ganz erheblich in die Waagschale geworfen haben. Wenn sich die Militärregierung entschlossen hat, die Geldumstellung in besonders scharfer Form zu machen, so haben dabei ganz bestimmte Ziele und Zwecke mit den Ausschlag gegeben. Über die Einzelheiten dieser Fragen wird ja später noch näher gesprochen werden können. Wir müssen uns heute mit den von der Militärregierung erlassenen Gesetzen abfinden und versuchen, aus ihnen das zu machen, was unserem Volke frommt und was vom sozialen Standpunkt aus als das Richtige erscheint.

Wir werden die Härten, die in den nächsten Wochen und Monaten in Erscheinung treten, dadurch zu beheben versuchen, daß wir die nötigen Mittel bereitstellen, um diejenigen Personen zu stützen, die nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Es wird weiter versucht werden müssen, wenn der Lastenausgleich und seine Regelung an uns herantritt, dafür zu sorgen, daß die durch die Währungsreform enterbten Personen nun einen Ausgleich finden, sei es in Form von Renten, sei es in Form einer sonstigen Abfindung, die die Möglichkeit bietet, in angemessener Form durch das Leben zu kommen. Die Währungsreform zeichnet sich ja schon dadurch als sehr hart aus, daß die Zinsen bei den Banken außergewöhnlich erhöht wurden. Der Diskont beträgt bei der Länderbank für Staat und Gemeinden 5 Prozent, für Warenwechsel 7½ bis 8 Prozent, für Solawechsel 9¼ Prozent

(Zuruf: ist ja Wahnsinn!)

und für Akzeptkredite 8¼ Prozent. Dazu kommt noch die Wechselsteuer, die jetzt wieder eingeführt wird und die 1½ Promille beträgt. Diese hohen Zinsen sind darauf

(Staatssekretär Dr. Müller)

zurückzuführen, daß man die Wirtschaft zwingen wollte, die Warenlager zu enthorsten und die Waren auf den Markt zu bringen.

(Zuruf.)

Denn es ist die notwendige Voraussetzung der Stützung der D-Mark, daß die Bevölkerung nun auch in der Lage ist, in geeigneten Mengen zu kaufen. Ich bin mir darüber klar, daß bei den hohen Diskontsätzen auch eine große Anzahl von Gewerbetreibenden benachteiligt worden ist, die bisher ihr Lager enthorstet haben, die korrekt nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren sind und jetzt vor der Schwierigkeit stehen, sich neu einzudecken. Wir haben ständige Fühlungnahme mit der hiesigen Landeszentralbank und andererseits auch mit der Bi-Finanz in Homburg und der Länderbank in Frankfurt und werden dafür sorgen, daß auch diesen Leuten nach Möglichkeit durch irgendeine Form der Kreditgewährung geholfen wird. Es ist auch beabsichtigt, in Frankfurt ein Bankunternehmen ins Leben zu rufen, das in der Lage sein wird, für mittellange Kredite Gelder bereitzustellen. Zur Zeit ist für langfristige Kredite noch kein Geld da. Aber auch diese Frage wird sich lösen, sobald wir aus dem ersten Anlauf herauskommen, den die Währungs- umstellung bedingt. Ich hoffe auch, daß dann die Diskontsätze und die hohen Bankzinsen, die die Wirtschaft augenblicklich zu tragen hat, sich so weit ermäßigen, daß ein geordnetes und besseres Wirtschaften gewährleistet wird, als es in den ersten Wochen möglich ist.

Die Staatsregierung war bei dem Erlaß der Währungsgeetze dadurch vor außerordentliche Schwierigkeiten gestellt, daß sie erst im letzten Augenblick die Währungsgeetze von der Militärregierung überreicht bekam. Es war, um den Erfolg der Währungsumstellung zu gewährleisten, notwendig, daß diese Bekanntgabe erst dann erfolgte, als die Währungsumstellung anlief, damit nicht von irgendwelchen Seiten Manipulationen getroffen werden konnten, die die Währung in irgendeiner Weise geschädigt hätten.

Wir haben aus jedem Ministerium einen Währungsreferenten bestellen lassen, und diese Währungsreferenten haben unter meinem Vorsitz in täglichen Besprechungen die Fragen erörtert, die an uns herantraten, um dem ersten Ansturm und der ersten Sturzwelle gerecht zu werden, die die Währungsreform mit sich brachte. Wir haben alle Fragen, die die verschiedenen Ministerien betrafen, geprüft. Wir haben auch Herren aus den Banken und Herren aus der Wirtschaft zugezogen und uns bemüht, überall ausgleichend zu wirken und allen Kreisen zu helfen, die durch die Währungsreform in Schwierigkeiten geraten waren. Wir haben diese Fragen täglich besprochen, und von den verschiedenen Ministerien sind die Gesichtspunkte an die Regierungen weitergegeben worden. Bei jeder Regierung und bei jedem Landratsamt war ein Währungsreferent bestellt, so daß auf diese Weise, soweit es bei den schlechten Verkehrs- und Telefonverbindungen überhaupt möglich war, immerhin ein gewisser Kontakt mit uns vorhanden war.

Die Umstellungsmaßnahmen erforderten zunächst, daß die Berechtigten ihre 40 Mark auf den Lebensmittelstellen in Empfang nehmen konnten. Die Einzahlung des alten Geldes hat sich im allgemeinen gut abgewickelt. Es ist aber nicht zu verkennen, daß gewisse Schwierigkeiten

entstanden. Besonders hier in München hatten sich leider bei strömendem Regen große Schlangen gebildet, und die Geldempfänger mußten verhältnismäßig lange warten. Dies war darauf zurückzuführen, daß die Kräfte, die bei den Ernährungsämtern die Auszahlung der Kopfquoten vornahmen, sich außerordentlichen Schwierigkeiten mit dem neuen Geld gegenübersehen. Auch die Bündelung des Geldes war nicht immer so zweckmäßig, um es bequem den einzelnen Auszahlungsstellen zuleiten zu können. Auch bei der Einzahlung des Geldes bei Banken und Sparkassen bildeten sich große Schlangen und es war außerordentlich schwierig, den Verkehr rechtzeitig zu bewältigen.

(Zuruf: Organisation!)

Es muß aber anerkannt werden, daß seitens der Ernährungsämter und der Stadtverwaltungen alles getan worden ist, um diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu beseitigen.

Es muß der besondere Dank der Staatsregierung allen jenen Personen ausgesprochen werden, die bei der Auszahlung der Kopfquote tätig waren, besonders allen Bankangestellten und Sparkassenbeamten, die sich von morgens früh bis abends spät bemüht haben, den Wünschen der Bevölkerung gerecht zu werden. Es muß auch anerkannt werden, daß sich die bayerische Bevölkerung in vorbildlicher Weise bemüht hat, trotz aller Schwierigkeiten diejenigen Maßnahmen über sich ergehen zu lassen, die die Währungsumstellung zunächst erforderte.

Die Staatsregierung hat, um die Kopfquote allen Personen zukommen zu lassen, die Anordnung getroffen, die ich bereits gestern auf Anfrage eines der Herren Abgeordneten mitteilte, daß alle Personen 40 Mark ausbezahlt erhielten, auch wenn sie kein altes Geld hatten. Wir haben, wie ich auch bereits gestern erwähnte, nicht die vollen 60 DM zur Verfügung gestellt, weil wir so auf die einzelnen einen Druck ausüben wollten, damit sie sich möglichst selbst in den Besitz des nötigen Geldes setzten. Dies ist auch im großen und ganzen geschehen.

Die Ausgaben, die der Staatsregierung für diese soziale Maßnahme erwachsen sind, belaufen sich nach meiner vorläufigen Schätzung auf etwa $2\frac{1}{4}$ Millionen Mark.

(Seifried: Die Schwarzhändler haben die 60 Mark gratis bekommen, weil sie keine Steuern zahlen und keine Konten haben!)

— Ich möchte bitten, uns diejenigen Personen zu nennen, die als Schwarzhändler unreele, schiefe Wege beschritten haben. Die Finanzämter sind darauf eingestellt, gegen solche Leute in schärfster Weise vorzugehen.

Wir mußten diese Maßnahme der Zahlung der 40 Mark an Minderbemittelte treffen, nachdem auch andere Länder wie Hamburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Nordrhein-Westfalen und auch Hessen eine entsprechende Anordnung in die Wege geleitet hatten. Die bayerische Staatsregierung hat noch im letzten Moment bei der Militärregierung erreicht, daß diese ihre anfänglichen Bedenken gegen die Auszahlung des Kopfbetrags an Mittellose zurückgestellt hat, so daß also auch diejenigen Personen, die nicht die zum Umtausch des Altgeldes verfügbaren Mittel besaßen, in den Genuß der Kopfquote kamen.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß die Geldumstellung, wie es auch mein Herr Vorredner oben

(Staatssekretär Dr. Müller)

schon in beredten Worten ausgeführt hat, außerordentliche Härten mit sich bringt. Das Staatsministerium der Finanzen hat zunächst schon von sich aus in einem Schreiben vom 30. Juni 1948, das auch noch der Militärregierung und den Finanzministerien der britischen und amerikanischen Zone und der Bi-Finanzverwaltung in Homburg zugegangen ist, auf die sozialen Ungerechtigkeiten hingewiesen, die sich bei der Durchführung der Währungsreform insbesondere für alte, gebrechliche und mittellose Personen sowie für Flüchtlinge ergeben haben. Es wurde dringend und mit eingehender Begründung der sofortige Erlass einer Durchführungsverordnung gefordert, die für diese Personengruppen die Anrechnung des Kopfbetrags auf das Altgeldguthaben beseitigt. Darüber hinaus wurde eine Besserstellung der bezeichneten Personen durch erhöhte Aufwertung angeregt. Die Staatsregierung wird auch weiterhin energisch dafür eintreten, daß diejenigen Personen, deren wirtschaftliche Lage besonders ungünstig ist, durch eine höhere Aufwertung ihrer Guthaben davor bewahrt werden, der öffentlichen Fürsorge zur Last zu fallen.

Der bayerische Vertreter im Finanzausschuß des Länderrats wurde beauftragt, diesen Standpunkt auch in der Sitzung am 1. Juli 1948 in Bad Homburg persönlich und nachdrücklich zu vertreten. Man wird auch dafür eintreten, daß beim Parastausgleich die Gewinne berücksichtigt werden, die in den Fällen entstanden sind, in denen die Inanspruchnahme des Geschäftsbetrags zu einer günstigeren Umstellung als 10 : 1 geführt haben.

Ich komme zur Frage der Besteuerung der Waren. Die ordnungsmäßige Besteuerung der gehorteten Waren setzt zunächst eine vollständige Erfassung voraus. Diesem Zweck dient die Vorschrift des Art. 9 des Anhangs zum Steuergesetz Nr. 64, wonach alle, die nach den Vorschriften der §§ 160 und 161 der Reichsabgabenordnung oder sonst nach den Steuergesetzen zur Buchführung oder zu Aufzeichnungen verpflichtet sind, auf den Tag vor dem Stichtag der Währungsreform, den 19. Juni, eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen haben.

Die bayerischen Finanzämter sind von mir beauftragt worden, sich durch möglichst zahlreiche Prüfungen in den Betrieben zu überzeugen, daß die Lager vollständig und ordnungsgemäß aufgeführt sind. Diese Maßnahme, die bei manchen Unternehmern offenbar bereits Unruhe hervorgerufen und zu Mißverständnissen geführt hat, ist nicht der Ausdruck eines Mißtrauens gegenüber den einzelnen Geschäftsinhabern, bei denen unsere Buchprüfer oder Prüfbeamten erscheinen. Sie dient nur dem Zweck, den Steuerpflichtigen die Bedeutung dieser wichtigen Inventur und die schwerwiegenden Folgen einer unrichtigen Bestandsaufnahme vor Augen zu führen.

Es ist ferner Vorsorge getroffen worden, daß auch die einzureichenden Steuererklärungen, Bilanzen und Voranmeldungen für die Einkommen- und Körperschaftsteuer einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, damit wir denjenigen Leuten auf den Pelz rücken können, die sich bisher ihren Steuerpflichtigkeiten entzogen haben.

Wir haben ferner durch besondere Vereinbarungen, die zwischen den Banken und der Staatsregierung getroffen worden sind und bei denen die Finanzämter mit einbezogen wurden, dafür gesorgt, daß die Vor-

drucke A und B mit denkbarster Beschleunigung behandelt werden.

Ich komme nun zur Frage der Entlassungen. § 28 des Umstellungsgesetzes bestimmt folgendes:

Die Ausgaben der öffentlichen Hand müssen durch laufende Einnahmen gedeckt sein. Die Beschaffung von Mitteln im Kreditwege ist nur im Vorgriff auf künftige Einnahmen zulässig. Die Militärregierung behält sich vor, in Haushaltsangelegenheiten einzugreifen, wenn die Aufrechterhaltung dieser Grundsätze gefährdet ist.

Diese Bestimmung stellt die Staatsregierung natürlich vor außerordentlich schwierige Aufgaben und Probleme. Die Bestimmung des § 28 führt dazu, daß gewisse Kündigungen früher oder später ausgesprochen werden müssen. Dem Staatsministerium der Finanzen steht an laufenden Einnahmen für das Vierteljahr vom Juli bis September 1948 zunächst aus dem Dotationsfonds ein Betrag von etwa 275 Millionen DM zur Verfügung. Dazu kommen noch die zunächst spärlich fließenden Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben, die für 3 Monate auf rund 165 Millionen DM zu schätzen sind, sowie sonstige Einnahmen von etwa 50 Millionen DM. Wenn wir diese Beträge zu den 275 Millionen DM Dotation für das genannte Vierteljahr hinzurechnen, so werden wir vielleicht auf den Betrag von 490 Millionen DM kommen. Der Monatsdurchschnitt beträgt hiernach an Einnahmen, über die wir in den nächsten 3 Monaten verfügen können, je 163 Millionen DM. Die Ausgaben, wie sie nach dem Monatsdurchschnitt des Haushaltsplans 1948 vorgesehen waren, belaufen sich auf 245 Millionen DM. Es müssen also gegenüber dem Haushaltsplan monatlich 82 Millionen DM eingespart werden. Dies stellt das Finanzministerium vor außerordentlich schwierige Aufgaben, wobei auch nicht davor zurückgeschreckt werden kann, hier im Wege der Kündigung gewisse Abbaumaßnahmen vorzunehmen.

Es ist ja in der Öffentlichkeit schon seit langem diskutiert worden, daß die Staatsverwaltungen übermäßig aufgebläht seien. Der Staat kann sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen übersehten Staatsapparat nicht mehr leisten. Hinzu kommt, daß durch die Aufhebung eines Teils der Zwangswirtschaft zahlreiche Dienststellen aufgelöst oder verkleinert werden können. Wenn im gegenwärtigen Augenblick der Finanzminister nicht dafür sorgt, daß der Staatsapparat nicht entsprechend verkleinert wird, so bleiben für die wirtschaftsfördernden Zweckausgaben des Staates kaum mehr Mittel verfügbar; insbesondere können für die Bauausgaben nicht die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Eine wesentliche Einschränkung der staatlichen Bauausgaben würde aber eine viel größere und schwerer wiegende Arbeitslosigkeit zur Folge haben als ein Abbau von Angestellten in den Teilen der Staatsverwaltung, deren Übersehung schon bisher in der Öffentlichkeit kritisiert worden ist und die nunmehr unter den geänderten Verhältnissen verkleinert werden können. Es ist selbstverständlich, daß wir bei den Entlassungen soziale Gesichtspunkte im weitesten Maße wahren lassen müssen.

Wir haben dem Arbeitsministerium die Mittel zur Verfügung gestellt, die notwendig sind, um die sozialen Aufwendungen zu bestreiten. Es wurde auch dafür

(Staatssekretär Dr. Müller)

gefordert, daß die Gehälter der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates am 1. Juli ausgezahlt werden.

(Zuruf.)

Wir dürfen uns natürlich nicht lediglich von den heutigen Verhältnissen und von den Eindrücken leiten lassen, wie sie durch die Währungsumstellung und durch diesen furchtbaren Bergsturz, der über uns gekommen ist, augenblicklich vor uns stehen.

(Zurufe: Sehr gut! Sehr richtig!)

Wir werden erst nach einiger Zeit ein objektives Urteil abgeben können. Wir müssen uns bemühen, überall da zu helfen, wo es notwendig ist. Ich glaube auch, daß schwerste Aufgaben uns noch in den nächsten Wochen bevorstehen, daß wir vielleicht in fünf bis sechs Wochen wieder in einen Engpaß kommen und Vorsorge treffen müssen, damit die Wirtschaft in Gang bleibt und wir in der Lage sind, auch den Belangen der minderbemittelten Bevölkerung in weitester Form Rechnung zu tragen.

Wir stehen mit der Währungsumstellung vor einem steilen Berg, den wir unbedingt überschreiten müssen. Ich hoffe aber, daß wir, wenn nun der erste Ansturm an uns vorbeigegangen ist, doch klarer sehen können und dann in der Lage sein werden, insbesondere auch für unsere minderbemittelte Bevölkerung alles das zu tun, was die Lage, was die künftigen Monate und der künftige Winter von uns verlangen.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Zur Beantwortung des letzten Teils der Interpellation nimmt das Wort der Herr Staatsminister Krehle.

Staatsminister Krehle: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zum letzten Teil der Interpellation, zu den Entlassungen, einige Ausführungen mache! Ein völliger Entlassungsstopp ist nicht möglich, da nach unserer Auffassung dadurch nur die Selbstreinigung und Gesundung unseres Wirtschaftslebens und der erforderliche Strukturwandel verhindert würde. Jeder Entlassungsstopp würde die neue Währung ernstlich gefährden, weil sie die Bereinigung unserer Wirtschaft hemmen würde. Dagegen ist beabsichtigt, jeden Mißbrauch der Betriebsstillegung oder Entlassungen in größerem Umfang dadurch zu kontrollieren bzw. zu verhindern, daß in Anlehnung an die frühere Demobilisierungsverordnung dem Ministerrat in den nächsten Tagen ein „Gesetz gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstillegungen aus Anlaß der Währungsreform“ zugehen soll, das dem hohen Hause wahrscheinlich schon bei seiner nächsten Sitzung vorliegen kann. Vorläufig können sich die Arbeitsämter behelfen mit der Arbeitsplatzwechselerordnung vom 1. September 1939, die nicht aufgehoben ist und es ermöglicht, willkürliche Entlassungen, die den Arbeitsmarkt gefährden, wirksam zu bekämpfen.

Soweit die Betriebe nicht in vollem Umfang aufrechterhalten werden können, ist an die Einführung der Kurzarbeit gedacht. Die Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung ist in der Zwischenzeit ergangen, und wir sind der Auffassung, daß auch der Kreditmangel ein Grund zur Einführung von Kurzarbeit sein kann,

allerdings vorausgesetzt, daß der Unternehmer die letzten Möglichkeiten erschöpft hat, um sich die notwendigen Betriebsmittel durch Verkauf der vorhandenen Warenlager selbst zu beschaffen.

Soweit Arbeiter und Angestellte durch die Arbeitslosigkeit betroffen werden, können sie in den Genuß der vollen, ungekürzten Arbeitslosenunterstützung gelangen, sofern die versicherungsmäßigen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Das ist vor allem bei den Arbeitern und Angestellten der Fall, die sich bisher dem Wiederaufbau zur Verfügung gestellt haben.

Eine weitere Möglichkeit, Arbeiter und Angestellte vor ungerechtfertigten Entlassungen zu bewahren, bietet unser bayerisches Kündigungsschutzgesetz vom 1. August 1947, das die Möglichkeit der Kündigungswiderklage beim Arbeitsgericht zuläßt. Arbeitsämter und Arbeitsgerichte sind sowohl organisatorisch wie personell und technisch in der Lage, diesen Sturm aufzufangen.

Gestatten Sie, daß ich in diesem Zusammenhang einige Mitteilungen über die Lage des Arbeitsmarktes anfüge, soweit wir die Dinge bis heute überblicken können. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt erscheint zur Zeit günstig. Abgesehen von der verhältnismäßig großen Zahl von Arbeitslosen, die aus dem Personenkreis kommen, der sich bisher am Rande des Arbeitsmarktes bewegt hat, sind Entlassungen aus Industrie, Handel und Handwerk bis jetzt fast nicht vorgekommen. Alle diejenigen, die sich bisher mit ärztlichen Zeugnissen von einer wirklichen Arbeit gedrückt haben, erscheinen nunmehr beim Arbeitsamt und wollen sofort vermittelt sein.

(Seifried: Schlechte Beleuchtung für die Ärzte!)

Es ist im Gegenteil festzustellen, daß in der Industrie sogar noch ein echter Bedarf an Arbeitskräften, vor allem an Facharbeitern besteht. Es war den Arbeitsämtern möglich, vollwertige Arbeitskräfte laufend in neue Beschäftigung zu bringen. Vom Tag der Währungsreform an bzw. in der Zeit vom 20. bis 29. Juni einschließlich hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Bayern von 148 000 auf 159 000, also um 11 000 erhöht. Von den Arbeitslosen, die sich neu gemeldet haben, also von den 11 000, konnten lediglich 800 Antrag auf Arbeitslosenunterstützung stellen, weil alle übrigen aus dem Kreise derer gekommen sind, die sich bisher am Rande des Arbeitsmarktes bewegt haben und nicht die notwendigen Voraussetzungen für die Anwartschaft und Zahlung der Unterstützung mitbringen.

Die Zahl der Personen, die aus einem echten Arbeitsverhältnis kommen, ist anteilmäßig zunächst außerordentlich gering.

(Zuruf.)

Besonders gefährdet sind vor allem die Flüchtlingsbetriebe, die Verlagerungsbetriebe, die aus anderen Zonen gekommen sind, und die Unternehmungen, deren Produktion volkswirtschaftlich nicht vordringlich erscheint. Ich denke dabei hauptsächlich an alle Betriebe, die sich in den letzten Jahren mit der Herstellung von sogenannten Kunsthandwerklichen Gegenständen beschäftigt haben, die zum großen Teil Facharbeiter gebunden haben, die für volkswirtschaftlich unnütze Arbeiten verwendet worden sind.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

(Staatsminister Krehle)

Ferner darf nicht übersehen werden, daß eine ernste Gefahr insbesondere für das Baugewerbe besteht. Herr Staatssekretär Dr. Müller hat ja bereits darauf hingewiesen, daß hier die Schwierigkeit am größten ist. Nach meiner Auffassung ist das eine Frage, die nur von der Kreditseite her gelöst werden kann, da das Baugewerbe ja auf langfristige Kredite angewiesen ist.

Auch in der Landwirtschaft werden, wenn die Erntearbeiten beendet sind, wahrscheinlich Freisetzungen von Arbeitskräften erfolgen.

Ernstlich gefährdet sind ferner die Angestellten aus den Verwaltungen, die infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft frei werden, und insbesondere auch jene Personen, die im produktiven Wirtschaftsprozess nicht unmittelbar unentbehrlich sind.

Soweit sich die Situation bis jetzt überblicken läßt — wir werden erst in vier bis sechs Wochen ein klareres Bild haben, in der Zwischenzeit laufen auch die ersten Kündigungen, so daß größere Entlassungen auch erst zu diesem Zeitpunkt wirksam werden —, glaube ich sagen zu können: Im großen und ganzen können wir bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes auch für die Zukunft wenigstens mit einem gedämpften Optimismus rechnen.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Ich habe dem hohen Hause nun die Vorschläge des Ältestenrats bekanntzugeben. Er hat heute vormittag getagt und einstimmig dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß sich der Herr Ministerpräsident im Namen der Staatsregierung zur jetzigen Lage äußert, insbesondere zu den Fragen der Währungsreform, aber auch zu anderen Fragen, die in Frankfurt und mit den Generalen verhandelt worden sind. Wenn der Herr Ministerpräsident nächste Woche — am 8. Juli vormittags 9 Uhr — zu diesen Problemen, die jetzt die Öffentlichkeit interessieren, Stellung genommen hat, soll sich daran eine Aussprache im Landtag anschließen.

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, sich zu diesen Dispositionen zu äußern.

Ministerpräsident Dr. Ehard: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich komme etwas plötzlich in diese Diskussion; ich bin erst heute nacht spät von Frankfurt zurückgekommen.

Wenn ich nun mit der Situation in Frankfurt anfangen darf, so ist die Lage folgende:

Es war gestern eine Besprechung der Ministerpräsidenten mit den drei Generalen der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsmacht, die erste Besprechung dieser Art. Sie war an sich sehr formell. Man hat die Londoner Empfehlungen den Ministerpräsidenten bekanntgemacht. Sie werden sie in ihrem Wortlaut in der Zeitung lesen; sie gehen im übrigen, wenn man sie so äußerlich sieht, nicht sehr viel über das Londoner Communiqué hinaus.

Nun ist die Frage: Wie soll die Sache weiter behandelt werden? Man ist sich zunächst einmal über folgenden Modus einig geworden: Man wird diese Dokumente, die übergeben worden sind, genau studieren müssen; man wird sich einmal unter den Ministerpräsidenten zusammensetzen müssen, wie man sich den Modus der Weiter-

behandlung vorstellt. Zu diesem Zweck ist in der nächsten Woche eine erste Besprechung vorgesehen. Ich werde also am Mittwoch und Donnerstag, wahrscheinlich auch am Freitag nicht hier sein können. Diese Besprechung soll in der französischen Zone, wahrscheinlich in Koblenz, stattfinden. Dabei können natürlich endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt werden — das sollen sie auch nicht —, sondern es soll erst einmal das Bild etwas gerundet, die ganze Materie etwas aufgegliedert und ein modus procedendi gefunden werden, damit man dann vor allen Dingen auch mit den Parlamenten der einzelnen Länder, mit den Parteien usw. Fühlung nehmen kann. Soweit das in den nächsten Tagen möglich ist, will ich gerne versuchen, wenigstens in einem kleineren Kreis das zu sagen, was wir bisher sagen können. Die Hauptsache wird sein, daß man sich ein Bild macht und daß man einen Weg sucht, wie man nun mit diesen Dokumenten zurecht kommt.

Es handelt sich um drei Fragegruppen: Einmal die Frage einer künftigen Verfassung des Weststaates und der Möglichkeit einer künftigen deutschen Regierung; zum zweiten die Frage, ob die Ländergrenzen geändert werden sollen und in welcher Form sie geändert werden sollen, und zum dritten die Frage des Besatzungsstatuts, wobei ich jetzt sagen möchte, ich habe den Eindruck, daß in diesem Besatzungsstatut eigentlich mehr steht von dem, was die Besatzungsmacht sich vorbehält und was sie selbst tun will, als von dem, was den Deutschen an Rechten bleibt.

(Hört, hört!)

Es scheint auch — das bedarf noch eines näheren Studiums —, als ob die Frage der Verfassung und die Frage des Besatzungsstatuts in einer engeren Form miteinander verknüpft werden sollten, als es mir wenigstens — nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich aus meinem Herzen keine Mördergrube mache! — der Sache sehr dienlich zu sein scheint. Aber ich kann mich täuschen; es kann bei näherem Studium vielleicht noch ein anderes Bild entstehen.

Es ist uns von den Kommandeuren angeboten worden, daß Verbindungsoffiziere der einzelnen Besatzungsmächte für die einzelnen Fragenkomplexe zur Verfügung gestellt werden, damit man Rückfragen stellen kann und damit da oder dort Aufklärungen möglich sind. Es gibt einzelne Fragen, in denen, wie es scheint, sich die Besatzungsmacht, wenn auch nicht ihre Meinung schon abschließend gebildet, aber jedenfalls ihren Einfluß vorbehalten hat, so daß es notwendig ist, noch tatsächliche Aufklärungen zu suchen.

Das ist das, worauf ich mich im Augenblick beschränken darf. Wir werden uns darüber wohl noch genauer unterhalten müssen, und ich würde vorschlagen, daß dann, wenn ich von der nächsten Besprechung zurückkomme, vielleicht zunächst einmal im Verfassungsausschuß

(Präsident: Länderratsausschuß!)

oder im Ausschuß für Länderratsfragen im einzelnen über das, was sich in der Zwischenzeit abgespielt hat, und über die Pläne, die bestehen, eine Aussprache stattfinden kann, noch bevor irgendwelche Beschlüsse gefaßt werden. Es ist daran gedacht, daß eine nächste Besprechung mit den Kommandeuren abgehalten wird. Sie soll aber erst dann stattfinden, wenn einmal im Kreis der Ministerpräsidenten ein Bild davon entstanden ist, wie man sich den Weiterverlauf der Dinge vorstellt; erst nachdem eine

(Ministerpräsident Dr. Chard)

Fühlungnahme mit den Parlamenten, mit den politischen Parteien stattgefunden hat, soll wieder eine Besprechung mit den Generalen durchgeführt werden, weil man dann erst das weitere Verfahren überblicken kann.

Ich habe nun das Bedürfnis, jetzt, wenn auch etwas aus dem Stegreif, noch ein paar Worte zur **W ä h r u n g s r e f o r m** zu sagen im Anschluß an das, was ich hier bis jetzt gehört habe. Wir müssen uns, glaube ich, darüber einmal ganz klar werden: Das, was sich als Währungsreform vor uns abgespielt hat, ist eine geldliche Umstellung, ein rein monetärer Vorgang

(sehr richtig!)

und darauf beschränkt. Das ist seine Stärke und das ist seine Schwäche. Seine Stärke nämlich sehr einfach insofern, als man sagt: Einmal, das Geld, das zuviel ist, muß weg; das Geld, das nichts mehr wert ist, muß verschwinden und es muß eine beschränkte Menge von Geld in Umlauf kommen. — Das haben wir. — Zweitens: Der Kredit muß so beschränkt werden, daß nicht eine zu große Ausweitung des Geldumlaufs entsteht,

(Zuruf: Umlauf!)

daß der Umlauf nicht zu groß wird. — Das ist vom Standpunkt einer rein geldlichen Betrachtung richtig, und der Erfolg zeigt ja, daß wir — sagen wir einmal optimistisch — im Augenblick in ein „Zwischenhoch“ gekommen sind. Man schaut sich die Bäden an und kann sich darüber wundern, daß die Gurken in nur zwei Tagen eine so stattliche Länge erreicht haben, und es passiert einem sogar, daß, wenn man gelegentlich irgendeine Reparatur braucht, gesagt wird: Guten Tag, ich habe die Ehre, aber selbstverständlich, wir machen es gerne, in zwei Stunden ist die Sache erledigt.

(Heiterkeit. — Zietsch: Man kommt aus dem Staunen nicht heraus.)

Dinge, die einem heute wieder passieren!

Aber täuschen wir uns nicht: Die Schwierigkeiten sind damit noch nicht behoben,

(sehr richtig!)

und diese Währungsumstellung hat einen großen **F e h l e r**. Ich habe darauf schon viele Monate hingewiesen: Sie darf nicht allein stehenbleiben; wenn sie einen wirklichen Erfolg, einen wirtschaftlichen, sozialen Erfolg haben soll, müssen noch verschiedene Dinge dazukommen.

(Sehr gut!)

Es muß eine Steuerreform dazukommen. — Die haben wir.

(Zuruf links: Aber was für eine!)

Ob sie erfolgreich sein wird, ob sie befriedigt, das wird sich zeigen; aber immerhin ist wenigstens ein Ansatz dazu vorhanden. Wir müßten außerdem eine **l a u f e n d e W i r t s c h a f t** haben. Wir dürfen uns das nicht so vorstellen wie nach der Inflation. In der Zeit der Inflation haben die Betriebe mit wertlosem Papiergeld ihre Werke auf- und ausgebaut, und als die Inflation zu Ende war, hat man gewissermaßen den Hebel herumgestellt, und das Ganze ist gelaufen. Fahren Sie heute durch das Ruhrgebiet — ich will noch gar nichts von unseren Gegenden sagen —, sehen Sie sich die Zustände dort an!

Da fahren Sie ganze Kilometer weit durch Stahl- und Eisengerippe in einem furchtbaren Durcheinander, so daß man sich sagt: Es braucht Millionen von Mark, es braucht zig-Tausende von Arbeitern, es braucht Jahre, um allein die Trümmer aufzuräumen. Es ist also nicht so, daß etwa eine intakte Maschine wieder in Lauf gesetzt werden kann; sie ist ja überhaupt erst notdürftig hergerichtet, so daß erst die Anfänge beginnen können. Mit dem Lauf der Wirtschaft ist es also vorerst noch nichts.

Es kommt aber weiter dazu, daß wir ja heute, mehr wie nach dem Jahr 1918, ein völlig besiegtes Volk sind, abhängig von dem, was man von uns verlangt, und abhängig von dem, was wir bekommen können. Hier haben wir nun ein zweites oder, wenn Sie wollen, ein drittes sehr schwieriges Problem. Wer stellt denn die **V e r b i n d u n g e n** mit dem **A u s l a n d** her? Wer führt denn die Verhandlungen, um dort zu sagen, was wir notwendig brauchen,

(sehr gut!)

was wir hereinbekommen müssen, zu welchen Bedingungen wir es hereinbekommen müssen? Etwa eine zwischengeschaltete Gesellschaft mit mehr oder weniger kapitalistischen Interessen? Oder wer sonst? Wir haben im Augenblick immer noch kein Sprachrohr. Die deutschen Regierungen haben noch keine Möglichkeit, etwas mit dem Ausland zu sprechen. Wir haben heute noch keine Möglichkeit, eine unmittelbare Verbindung von Geschäftsmann zu Geschäftsmann herzustellen.

(Sehr richtig!)

Denn wenn sich der einzelne seinen Gegner, seinen Partner oder seinen Kontrahenten sucht, dann wird er sich schon den herausuchen, auf den er sich verlassen kann,

(sehr gut!)

dem er Kredit geben kann; er wird ihn wieder auffuchen oder ihn ablehnen, wenn er nicht mit ihm zurechtkommt. All die Möglichkeiten bestehen noch nicht, und das, was uns in Aussicht steht — und hier darf ich vielleicht noch einen Augenblick auf die Frankfurter Besprechungen zurückgreifen — von einer künftigen deutschen Regierung, ist zunächst ein **W u n s c h t r a u m**, der für die heutigen Verhältnisse — Währungsreform, Marshall-Plan, Wirtschaftsaufbau — immer noch in weiter Ferne steht. Wir bräuchten es jetzt, wir bräuchten es sehr bald. Das ist ein weiterer Mangel, der in irgendeiner Form wenigstens in den Anfängen einmal ausgeglichen werden muß.

Was aber vorerst einen besonders starken Mangel dieser Währungsreform ausmacht, das ist der fehlende **L a s t e n a u s g l e i c h**.

(Sehr gut! Sehr richtig!)

Und hier darf ich vielleicht ein paar persönliche oder mehr persönlich gefärbte Bemerkungen dazwischen schalten. Nehmen Sie mir auch das nicht übel, denn schließlich ist man bis zu einem gewissen Grade nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit dem Herzen bei einer solchen Sache. Als diese Währungsreform uns im letzten Augenblick in ihren Umrissen und in ihrer Gestalt überhaupt sichtbar geworden ist, fragte ich die Herren, mit denen ich die letzten Besprechungen hatte: Ja, was ist denn nun, wenn dieses berühmte **R o p f g e l d** — auch schon ein schöner Ausdruck nebenbei bemerkt! — angerechnet werden soll, wenn es nur gegeben wird, wenn jeder

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

sechzig Reichsmark dagegen gibt? Ich fragte: Was ist denn nun mit den Leuten, die diese 60 Mark nicht haben? Daraufhin wurde mir von den reinen Geldmännern erklärt: Da kann man halt nicht helfen; wenn sie das Geld nicht haben, dann kann ihnen die Quote nicht ausbezahlt werden; so ist die Vorschrift. Dann fragte ich verschiedenes weiter, zum Beispiel: Nun kommt ein Mann mit 34 Mark und 50 Pfennigen; was machen Sie denn da? — Ja, dann bekommt er einfach eine verminderte Quote entsprechend dem, was er abliefern. — Dann fragte ich: Und wie machen Sie dann das mit den Umrechnungen? Dann würden Sie ja die Leute wahrscheinlich 14 Tage lang auf der Straße stehen lassen! Ich habe dann gesagt: Ich bestehe darauf, daß jedermann, gleichviel, ob er etwas hat oder nicht, ob er Unterstützungsempfänger oder sonst ein armer Teufel oder ob er etwa ein Lohnempfänger ist, der am Ende des Monats mit seinen fünf oder sechs Personen in der Familie das Geld nicht aufbringen kann, diese sechzig Reichsmark hinlegen kann; wie das gemacht wird, ist mir ganz gleich!

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CSU.)

Meine Damen und Herren, man sollte denken, das ist ein sehr einfacher Vorgang. Und hier muß ich zunächst einmal eines feststellen: Ich bin bei dem Bestreben, einen Weg zu suchen, zunächst von den Männern am meisten unterstützt worden, von denen Sie es ganz bestimmt nicht annehmen,

(Zuruf von der CSU: Leider!)

von unserem Finanzministerium, und dann auch von den Leuten unserer Zentralbank. Das ist nun ein einfacher Vorgang. Was ist daraus gemacht worden? Man hat mir zunächst vorgeworfen: Dadurch wird ja die Währung überhaupt gefährdet, es entsteht ja eine wilde Inflation! Oder aber: Was soll denn mit dem Geld geschehen? Und schließlich hat man mir auch von anderer maßgebender Seite nahegelegt, daß doch eine solche — wie man gesagt hat — Sonderregelung nicht zulässig sei. Es hat sich aber ein Weg gefunden. Wir haben dieses Risiko auf uns genommen. Es hat jeder sein Geld bekommen und es mußte keiner über den Tisch weg abgewiesen werden. Das ist ein sehr einfacher Vorgang, der nur vielleicht folgende Wirkung haben kann: Was ist mit dem alten Geld, das jetzt da ausgezahlt worden ist? Nun ja, es muß vielleicht hinterher verrechnet werden. Ob es aber so verrechnet wird, daß ich den Mann vorher — und das hätte mir niemand verweigern können — zur Wohlfahrtskasse schicke und sage: Hol dir dort dein Geld und gehe dann hin und laß dir dein Kopfgeld geben; oder ob ich hinterher allenfalls vor mein Parlament trete und sage: Ich habe, ohne das Parlament vorher zu fragen, gewissermaßen einen Vorgriff auf die Wohlfahrtsunterstützung gemacht — das ist ein Risiko, das ich gern auf mich nehme.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CSU.)

Und der Erfolg hat uns recht gegeben. Es könnte allenfalls von uns verlangt werden, daß wir den Betrag, den wir bezahlt haben, in D-Mark zurückbezahlen. Nun, meine Damen und Herren, Sie haben gehört, was wir an Dotation zur Verfügung haben; Sie haben wohl auch gehört, was wir nicht haben, um eine Monatsausgabe etwa auf Anhieb zu bezahlen. Nun stehe ich auf dem Standpunkt: Wenn es sich um ein paar hundert Mil-

lionen handelt, ob dann die drei Millionen noch abgezogen werden oder nicht, ist füglich etwas, was wir ertragen können. Im übrigen hat sich die Luft ja wieder beruhigt, nachdem nämlich andere Länder das gleiche gemacht haben und infolgedessen die Anrechnung nicht allein auf dem Rücken Bayerns, sondern ja wohl generell gemacht werden muß.

Das ist das eine. Und nun noch eine zweite Bemerkung! Ich habe an den Voritzenden des Verwaltungsrats in Frankfurt und an alle sonstigen Stellen einschließlich der Ministerpräsidenten einen Brief gerichtet wegen folgender Sache: Nach § 6 des Währungsgesetzes soll ja bekanntlich diese Kopfquote angerechnet werden. So steht es aber nicht im Gesetz; es heißt nämlich, daß die Anrechnung des Kopfgeldes „vorbehalten“ wird.

(Sehr wohl!)

Und im § 25 des Währungsgesetzes steht eine überaus interessante Bemerkung, die vielleicht den wenigsten in ihrer ganzen Bedeutung aufgefallen ist; aber es ist vielleicht gut, einmal darauf hinzuweisen. Da steht nämlich zum erstenmal ein Satz, um den wir seit langer Zeit kämpfen, eine Kleinigkeit vielleicht, aber bedeutsam: „Der deutsche Wortlaut dieses Gesetzes ist der amtliche Wortlaut“. Es geht also der englische und der französische Text nicht vor. Nun sagte ich: Wenn das Schwarze die Buchstaben sind, dann nehme ich an, daß, wenn etwas vorbehalten ist, noch keine Entscheidung getroffen ist;

(sehr richtig!)

und wenn noch keine Entscheidung getroffen ist, dann kann man es irgendwie ändern. Ich habe darauf hingewiesen und weiter darauf, daß es mir als ein außerordentlich schweres Unrecht erscheint, wenn man namentlich die kleineren Sparer bis zu einer gewissen Höhe zwingt, ihre Kopfquote angerechnet zu bekommen.

(Sehr gut!)

Denn dann hat nur der was, der weniger als die Kopfquote oder der gar nichts hat; der hat wenigstens noch so viel, daß er diese 40 oder 60 Mark — sagen wir es einmal — geschenkt bekommt.

(Sehr gut!)

Aber der andere! Nehmen wir an, es sind fünf Köpfe; das gibt 3000 Mark. Das Geld ist fort. Es ist sogar noch viel schlimmer, weil ja jetzt dieser Betrag nicht an der D-Mark abgezogen wird, sondern 540 Mark von dem alten Geld weggehen, von den Reichsmark-Konten abgerechnet werden. Nun habe ich beigefügt, es schiene mir doch bis zu einem gewissen Grade notwendig, den kleinen Sparer vor dieser Anrechnung zu schützen. Das ist ein bescheidener Wunsch. Und ich habe außerdem beigefügt: Nachdem es schon nicht möglich war, einen Lastenausgleich herbeizuführen, wäre das wenigstens ein Zeichen, daß man ernstlich gewillt ist, einmal einen kleinen Anfang mit einem solchen Lastenausgleich zu machen, und es würde, glaube ich — und das ist heute noch meine Überzeugung —, das Vertrauen in die Währung ganz bestimmt stärken, wenn man diesem Wunsch Rechnung tragen würde.

(Zuruf: Jawohl!)

Leider konnte man damit nicht durchkommen.

Das als Zwischenbemerkung. Es ließe sich im übrigen noch eine Reihe sehr interessanter Dinge am Rande erzählen. Man macht sich keine Vorstellung, was für Einzel-

(Ministerpräsident Dr. Chard)

fragen an Schwierigkeiten in diesen Tagen an uns herangetreten sind. Die Herren, die als Landräte und Bürgermeister mitten drin gestanden sind, werden ein Lied davon zu singen wissen. Es mußte ja alles im letzten Augenblick geschehen, weil alles bis zuletzt mit einem dichten Schleier verdeckt war, so daß die Statue der Währungsreform in ihrer glänzenden Schönheit erst im allerletzten Augenblick enthüllt werden konnte.

(Heiterkeit.)

Zum Lastenausgleich kann man heute wenig sagen, und Sie werden von mir nicht verlangen, daß ich Ihnen jetzt ein Programm dazu vortrage. Aber ich glaube, wir müssen doch allmählich wenigstens den Versuch machen, eine konkrete Vorstellung zu bekommen

(sehr richtig!)

und die Dinge sehr nüchtern sehen, wie sie sind. Wie sind sie denn? Das Geld ist fort. Viele der Unternehmungen haben vielleicht Sachwerte; aber Geld haben sie keines. Nun, Vermögenssteuer, Zuwachssteuer, kann man festsetzen so hoch, wie Sie wollen! Aber ich frage: Wie bringe ich sie bei?

(Wimmer: Im Lauf von Jahrzehnten!)

— Herr Oberbürgermeister, ganz richtig; ich wollte darauf kommen. — Von den Sachwerten können Sie das nicht einfach wegnehmen. Sie können doch nicht die Steine abbrechen und dem armen Teufel dann eineinhalb Steine in die Tasche stecken. So geht es ja wohl nicht. Wenn die Vermögenssteuer bezahlt werden soll, gibt es nämlich nicht sehr viele Möglichkeiten. Die natürlichste und für uns Deutsche erstrebenswerte, allein erstrebenswert, ist die, daß man einen laufenden Betrieb, eine laufende Wirtschaft hat

(sehr richtig!)

und daß man den Leuten vom Verdienst soviel wie möglich wegnimmt; denn man kann es ja nur hergeben, wenn man es verdient.

(Sehr richtig!)

Es gäbe die andere Möglichkeit: daß man eine Reihe von Betrieben unter den Hammer kommen und sie versteigern ließe. Das wird da oder dort passieren. Aber unsere Erfahrungen gehen dahin, daß dabei keine großen Gewinne gemacht werden, wenigstens nicht so, daß man sehr viel davon scheffeln und wieder weitergeben kann. Es gäbe noch eine andere Möglichkeit, meine Damen und Herren: daß nämlich das ausländische Kapital sich für verschiedene unserer Betriebe interessieren und sie etwa übernehmen würde. Ob wir aber dann über die Erlöse so verfügen können, wie wir das brauchen, ist eine Frage, die, glaube ich, vorher sehr sorgfältig geklärt werden müßte,

(sehr gut!)

ehe man einen solchen Weg geht.

Es gibt also auf lange Sicht gesehen neben der Wohlfahrtsunterstützung, mit der allein wir ja nicht auskommen können, für den Lastenausgleich eigentlich nur die Möglichkeit einer W o r f i n a n z i e r u n g. Hier wäre eine Möglichkeit und hier wäre es erwünscht, wenn ausländisches Geld in irgendeiner Form, Anleihe oder dergleichen, hereinkommen würde, damit man das dann im Laufe der Zeit wieder abtragen kann; denn wir können

nicht warten, bis die Steuerbeträge auf Stottern hereinkommen. Ich wollte diese Gedanken nur einmal so etwas in die Luft werfen, weil man sich auch einmal ein konkretes Bild davon machen muß, wie man denn überhaupt unter den heutigen Verhältnissen zu einer solchen Sache kommt; denn bloß mit dem Verlangen allein ist es nicht getan.

Eine andere Frage, die mir von Anfang an sehr große Sorgen macht und die damit zusammenhängt, daß man die Geldreform zu stark nur unter dem Gesichtspunkt der monetären Umstellung betrachtet, ist die Frage: Was ist denn mit den vielen Arbeitskräften, die frei werden? Es ist ja bekanntlich leicht gesagt: Die öffentlichen Verwaltungen sind überfüllt, sie kosten zu viel. Richtig! Dasselbe habe ich zum Teil auch schon von Werken gehört; man sagt: Es sind zu viele Leute drin; früher haben viel weniger Leute ein Mehrfaches geleistet. Aber was geschieht denn mit den Leuten, die plötzlich auf die Straße kommen? Es ist ja nicht so, daß, wenn man den Leuten kündigt und sie weggehen, die Türen einer florierenden Wirtschaft weit offen sind, so daß sie da hinein wandern können. Es werden also viele, ob wir das wollen oder nicht, ihre Arbeitsplätze verlieren und versuchen müssen, eine andere Arbeit zu bekommen. Wir müssen uns meines Erachtens auch hier einmal konkrete Gedanken darüber machen, was und wo man allenfalls einsetzen kann.

Man sagt: Öffentliche Arbeiten! Und hier stoßen wir sofort wieder auf dieses monetäre Problem,

(sehr richtig!)

nämlich die Frage des Kredits, die Frage der Finanzierung. Ich bin der Meinung, sie muß in irgendeiner Form auch durch eine Vorfinanzierung gelöst werden.

(Sehr richtig!)

Es muß insbesondere auf einem Gebiet etwas gemacht werden, wo jetzt vielleicht ein gewisser Schock besteht; er wird aber überwunden werden, davon bin ich überzeugt: Wir müssen vor allen Dingen die Bauwirtschaft, weil sie eine Schlüsselwirtschaft ist und weil hinter ihr eine ganze Menge steht, weil hier nämlich am leichtesten eine ganze Reihe von Leuten in ganz verschiedenen Beschäftigungsarten untergebracht werden können, abgesehen von dem, was ich hier in diesem Kreise nicht zu erörtern brauche, von der Notwendigkeit des Wohnungsbaus — wir müssen, sage ich, vor allen Dingen die Bauwirtschaft raschestens wieder in Gang zu bringen suchen. Aber damit ist es nicht getan, daß man sagt: Kredit! Man sagt, es ist notwendig, daß heute das Gewerbe, der Handel, die Industrie wieder auf den Wechsel zurückgreift. Sehr schön, wenn der Wechsel durch Waren gedeckt ist und die Sache umläuft! Aber einen Bau können Sie nicht mit Wechseln finanzieren, außer einzelnen Lieferungen von Handwerkern oder einer Firma, genau so wenig, wie Sie einen Lastenausgleich mit einem Wechsel finanzieren können!

(Sehr gut!)

Hier müssen ganz groß angelegte Finanzoperationen gemacht werden, die meines Erachtens auch durchgeführt werden können, ohne daß wir etwa in die Gefahr eines Währungsverfalls oder einer Inflation kommen.

Das sind die bedeutsamen Probleme, meine Damen und Herren! Nehmen Sie diese Ausführungen nicht so,

(Ministerpräsident Dr. Chard)

als wollte ich hier ein Programm hinlegen, und verlangen oder erwarten Sie das nicht von mir! Aber ich meine, es ist notwendig, in einer Zeit, in der man in allem so am Umbruch steht, die Probleme einmal ganz nüchtern zu sehen und anzudeuten. Es kommen dann vielleicht verschiedene, die gute Gedanken haben oder dies oder jenes dazu beitragen können. Aber man muß — ich möchte sagen — im geeigneten Augenblick einmal den Mut haben, auch etwas zu sagen, was vielleicht nicht gerne gehört wird oder was unpopulär ist;

(sehr richtig!)

und mir scheint es notwendig, daß wir uns mit diesen Problemen befassen.

Ich möchte damit heute schließen. Es ließe sich noch eine Reihe von Problemen aufwerfen und es wird gelten, noch manche sehr große Schwierigkeiten zu überwinden.

Was die Frankfurter Angelegenheit anlangt, so darf ich mir vorbehalten, sobald sich die Sache etwas klarer überblicken läßt, eine nähere Mitteilung zunächst dem Ausschuß und dann vielleicht dem Plenum zu machen.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für seine Darlegungen.

Und nun zur Interpellation selbst. Sie ist soeben in einer umfassenderen Weise beantwortet worden, als der Ältestenrat angenommen hatte. Zur Interpellation haben Stellung genommen der Herr Ministerpräsident, der Herr Staatsminister Krehle und Herr Staatssekretär Dr. Müller.

Ich frage nunmehr das Haus, ob es in eine Besprechung der Interpellation eintreten will.

Dr. Hoegner (SPD): Wir beantragen, die Besprechung der Interpellation zurückzustellen.

Präsident: Ob die Besprechung stattfinden soll, regelt sich nach der Geschäftsordnung. Wenn 25 Mitglieder des Hauses die Aussprache verlangen, muß sie stattfinden. — Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete **H a u ß l e i t e r**.

Hausleiter (CSU): Wir sind dafür, sofort in eine kurze Besprechung der Interpellation einzutreten.

(Lebhafter Widerspruch links.)

In eine Besprechung der Interpellation ist einzutreten, wenn ein solcher Antrag von 25 Mitgliedern unterstützt wird. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen.

(Dr. Hoegner: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **D r . H o e g n e r**.

Dr. Hoegner (SPD): Wir können im gegenwärtigen Augenblick, wo nach den Auskünften der Staatsregierung alles in der Schwebe ist, unmöglich in eine Besprechung der Interpellation eintreten, wenn nicht leeres Stroh gedroschen und alles das wiederholt werden soll, was bisher vorgetragen wurde. Wir müssen von der Regierung weiteres Tatsachenmaterial abwarten. Daher beantrage ich, die Besprechung zurückzustellen, bis die Staatsregierung zur Erteilung weiterer Auskünfte in der Lage ist.

Präsident: Der Herr Abgeordnete **H a u ß l e i t e r** hat das Wort.

Hausleiter (CSU): Nach der Geschäftsordnung kann über einen solchen Antrag nicht abgestimmt werden. Vielmehr kann der Präsident die Unterstützungsfrage stellen, ob also 25 Mitglieder des Hauses die Besprechung der Interpellation wünschen. Wenn übrigens die sozialdemokratische Fraktion der Überzeugung ist, daß eine Diskussion über die Interpellation im Augenblick nicht möglich oder tunlich ist, so ist uns nicht ganz klar, weshalb sie die Interpellation heute überhaupt eingebracht hat.

(Zurufe von der SPD: Nur keine Belehrungen erteilen! Das sind Schulmeistermethoden.)

Es kann doch sehr wohl sein, daß ein Teil des Hauses die Besprechung der Interpellation wünscht. Daher halte ich es für zweckmäßig und korrekt, nach der Geschäftsordnung zu verfahren.

(Dr. Hoegner: Ich bitte ums Wort.)

Präsident: Bitte, Herr Dr. Hoegner!

Dr. Hoegner (SPD): Es ist bisher nicht üblich gewesen, eine Fraktion zu fragen, warum sie eine Interpellation eingebracht hat. Wir sind aber durchaus bereit, diese Frage zu beantworten. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß infolge der Art und Weise, wie die Aufwertung durchgeführt wird, in weiten Volkskreisen ganz erhebliche Unruhe herrscht und zum Teil großes Elend eingetreten ist, ferner, daß große Befürchtungen für die Zukunft entstanden sind. Dies war der Grund für uns, die Staatsregierung zu fragen, ob noch irgendeine Möglichkeit besteht, die unsozialen Auswirkungen dieser Reform für die Zukunft hintanzuhalten, und auch auf den kommenden Lastenausgleich, insbesondere die Möglichkeit einer Besteuerung unrechtmäßig gehorteter Waren und der Bestrafung der Schuldigen hinzuweisen. Diese Gründe waren für uns maßgebend. Nach den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten sind wir der Meinung, daß im gegenwärtigen Augenblick aus einer Besprechung der Interpellation nichts Weiteres herauskommen kann, sondern daß wir weitere Aufklärung durch die Staatsregierung abwarten müssen. Deshalb sind wir der Meinung, daß jetzt eine Besprechung der Interpellation nicht stattfinden sollte.

Präsident: Wenn in die Besprechung der Interpellation eingetreten werden soll, muß ein solches Verlangen von 25 Mitgliedern unterstützt sein.

Ich frage daher das hohe Haus, ob in die Besprechung der Interpellation eingetreten werden soll. — Niemand wünscht die Besprechung. Damit ist die Interpellation als erledigt anzusehen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Es folgt nunmehr der

Mündliche Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend behördenmäßige Unterstellung der Landpolizei (Beilage 1213).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **D r . W i n t l e r**; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Wintler (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren dieses hohen Hauses! Der Bericht-

(Dr. Winfler [CSU])

erstatter hielt es auf die Dauer nicht für erträglich, die Landpolizei in Bayern, die sich im Herbst 1945 mit Hilfe der Amerikaner selbständig gemacht hat, weiterhin in selbständiger Position außerhalb des Rahmens der Verwaltungsbehörden zu belassen. Jeder Landrat sei daran interessiert, daß die Landpolizei den Verwaltungsbehörden im Sinne des Antrags unterstellt werde. An Hand praktischer Fälle deckte der Berichterstatter die Unzuträglichkeiten auf, die sich aus der Tatsache von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen durch die Landpolizei ergeben, von denen der Landrat als Chef des Landkreises überhaupt keine Kenntnis hat. Der Berichterstatter empfahl die Annahme des Antrags.

Der Mitberichterstatter sprach sich ebenfalls — unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Verlagerung der Gewalt an untere Stellen — für die Annahme des Antrags aus.

Ministerialrat Dr. R ä ä b erinnerte an die Ausführungen des Staatsministers anlässlich seiner letzten Landtagsrede. Die Frage bereite Schwierigkeiten, weil die künftige Stellung des Landrats gegenwärtig noch nicht endgültig festgelegt ist. Es liege zwar jetzt ein Kreiswahlgesetz vor, aber die Gesetzgebung müsse bezüglich der Demokratisierung der Verwaltung weitergetrieben werden. Das Gemeinderecht werde ausgebaut; auch das Kreisrecht sei entsprechend auszubauen. Man müsse auch über die Stellung des Regierungspräsidenten früher oder später endgültige Klarheit schaffen. Das Staatsministerium des Innern stehe auf dem Standpunkt, man solle erst einmal die allgemeine Verwaltung, die innere Verwaltung ausbauen, bevor man irgendwelche Veränderungen an der nun einmal bestehenden Organisation der Gendarmerie vornimmt. Der Minister des Innern habe die selbständige Organisation, wie sie jetzt bestehe, nicht geschaffen, sondern als selbständige Einrichtung übernommen, die von der Militärregierung geschaffen worden war. Alles sei noch im Fluß und im Umbau. Die Landpolizei werde gegenwärtig fast um die Hälfte verstärkt. Ein großer Teil der Arbeit gelte augenblicklich dem Behördenumbau, der Versetzung der Beamten usw. Man sollte zunächst an der äußeren Stellung der Gendarmerie nichts ändern, wiewohl die jetzigen veränderten Vorschriften der Militärregierung in gewissem Umfang eine Umorganisation zulassen. Was man sonst unter dem Begriff der Polizei bei unseren Ämtern verstand, z. B. Gesundheitspolizei, Baupolizei usw. könne man heute nicht als Polizei auffassen. In gewissem Sinne handle es sich nur um die behördenmäßige Unterstellung der Gendarmerie. Es erhebe sich die Frage: Darf der Landrat überhaupt einen Polizeireferenten haben? Darf der Regierungspräsident einen Polizeireferenten haben? Diese Frage werde verneint. Die Regierung von Oberbayern dürfe nach Ansicht der Militärregierung überhaupt keinen Polizeireferenten haben. Mit der engeren Unterstellung der Landpolizei unter den Regierungspräsidenten persönlich sei es nicht getan. Vielmehr müsse es dann bei der Regierung, wie es früher war, einen Polizeireferenten geben, der über die Einzelheiten Bescheid wisse. Dann erst könnte der Regierungspräsident seine Aufgabe wirklich erfüllen. Er müsse doch einen Mann haben, der die Sachen bearbeite. Es falle von früh bis abends eine Menge Arbeit an. Jedenfalls stehe weder

dem Landrat noch dem Regierungspräsidenten ein Polizeireferent zu. Was habe dann die Unterstellung für einen Sinn? Ursprünglich hatte die Landpolizei nur auf Ansuchen einzuschreiten. Jetzt sei wenigstens ein Anforderungsrecht eingeräumt. Aber die Landpolizei werde nach der Dienstvorschrift nur tätig, wenn sie von ihrer vorgelegten Dienststelle nicht andere Weisungen habe. An sich habe der Landrat das Anforderungsrecht, aber kein Weisungsrecht. Der Präsident der Landpolizei Freiherr von Godin trete für eine enge Zusammenarbeit schon unter den heutigen Vorschriften ein. Aber es komme hier wohl auch etwas auf den Landrat an. Wenn auf beiden Seiten guter Wille vorhanden sei, lasse sich wohl schon bei der heutigen Regelung bis zu einem gewissen Grade manche Schwierigkeit ausgleichen. Eine wirkliche Unterstellung liege freilich zur Zeit nicht vor. Nach Auffassung des Staatsministeriums des Innern sollte man in diesen Monaten keine Änderung vornehmen, bis die Landpolizei aufgefüllt sei. Dann werde man vielleicht etwas klarer sehen.

Der Vorsitzende Dr. St a n g bezog sich auf seine grundsätzlichen Ausführungen im Landtagsplenum anlässlich der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums des Innern. Damals habe er eine Abgrenzung der Zuständigkeiten gefordert. Zur Zeit müsse es scheinen, als ob der Regierungspräsident in seinem Regierungsbezirk und der Landrat in seinem Landkreis keine Verantwortung mehr für die Sicherheit in seinem Gebiete hätte. Das sei ein unmöglicher Zustand; denn die Bevölkerung mache den Landrat wie den Regierungspräsidenten für den Stand der Sicherheit in seinem Gebiet verantwortlich. Richtig sei, daß der Landrat ein Anforderungsrecht habe. Aber wie stehe es in Gemeinden mit eigener Gemeindepolizei? Habe der Bürgermeister in diesem Fall mehr Recht? Er könne die Polizei seiner Gemeinde nicht nur anfordern, sondern auch einsehen. Wenn dagegen der Landrat Polizeikräfte einsehen wolle, dann müsse er sie anfordern. Weisungen dürfe er ihnen nicht erteilen. Die Anforderung gehe an den Chef der Landpolizei in München. Die gegenwärtigen Verhältnisse seien untragbar. Es liege auf der Linie der Vereinheitlichung der Verwaltung, also eines wiederholt aufgestellten Prinzips, daß die Polizei in den Organismus der Regierung bzw. der Landkreisverwaltung einzufügen sei. Der Redner machte auch auf die Schwierigkeiten bei der gegenwärtigen Vieherfassungsaktion aufmerksam.

Kollege Seifried erblickte die Ursache der Schwierigkeiten in der Entwicklung der Einrichtung. Die Landpolizei sei von der Militärregierung geschaffen und dem Minister des Innern persönlich direkt unterstellt worden, während die Stadtpolizei den jeweiligen Oberbürgermeistern bzw. Bürgermeistern unterstehe. Daraus habe sich schon für den Minister des Innern der unangenehme Zustand ergeben, daß er in Bezug auf die Stadtpolizei als Aufsichtsbehörde nur indirekten Einfluß nehmen konnte. Aber auch diese Schwierigkeiten dürften sich bereinigen lassen. Die Landtagskommission sollte diese Dinge im Rahmen der Erörterung der Sicherheit des Landes mit der Militärregierung mit anklingen lassen. Das Präsidium der Landpolizei müßte durch eine Dienstanweisung anordnen, daß Anforderungen des Landrats etwa bei Schwierigkeiten anlässlich der Schlachtvieherfassung sofort Folge zu leisten ist. Man könne da nicht immer schlechthin nach dem Buchstaben des Gesetzes verfahren.

(Dr. Winkler [CSU])

Abschließend empfahl der Redner der Landtagskommission noch einmal, bei der Militärregierung auch die Landpolizeifrage aufzurollen. Vielleicht lasse sich bei den veränderten Verhältnissen leichter ein Übereinkommen treffen.

Kollege Donsberger kehrte bei der Frage der Beurteilung der Zuständigkeiten und der Unterstellung der Polizei zwei Gesichtspunkte hervor: einmal das Staatsinteresse und zweitens das Interesse, das die Oberbürgermeister und die Landräte an der Frage haben. Anormale Zeiten bedingten anormale Maßnahmen. Das Staatsinteresse gehe momentan — vom Standpunkt der Sicherheit der einzelnen Personen aus gesehen — dem Interesse vor, das innerhalb der Landreise bestehe. Wenn die Verhältnisse einigermaßen geordnet seien, könne man für eine weitestgehende Dezentralisierung des Polizeiwesens eintreten.

Der Vorsitzende stellte die Vereinheitlichung der Verwaltung als Ziel auf und schlug folgende Fassung des Antrags vor:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, geeignete Schritte zu unternehmen, die zum Ziele haben, die Landpolizei weitestgehend dem Innenministerium, in den Regierungsbezirken den Regierungspräsidenten, in den Kreisen den Landräten zu unterstellen. Die Stadtpolizei soll auch weiterhin den Oberbürgermeistern unterstehen.

Geisfried stimmte dieser Fassung zu, desgleichen die Berichterstatter.

Der Ausschuß stimmte dieser Fassung des Antrags Stoll und Genossen zu. Als Berichterstatter bitte ich Sie, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort ist niemand gemeldet; wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Ausschusses ist, so wie ihn der Berichterstatter vorgetragen hat, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben! — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden zur Eingabe von Dr. Robert Stadler um Zuweisung von Bekleidungsgegenständen für heimkehrende Kriegsgefangene (Beilage 1462).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Weinzierl.

(Krempf: Der Abgeordnete Weinzierl ist nicht da!)

— Dann bitte ich den Abgeordneten Kurz, darüber kurz zu berichten.

(Heiterkeit.)

Kurz (CSU) [Berichterstatter]: Mitglieder des hohen Hauses! Der mündliche Bericht des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden zur Eingabe des Dr. Robert Stadler um Zuweisung von Bekleidungsgegenständen für heimkehrende Kriegsgefangene dürfte

ein Irrläufer von Seiten des Landtagsamtes sein; denn die Eingabe wurde bereits im Eingabenausschuß an die Staatsregierung hinübergeleitet.

I. Vizepräsident: Im Rahmen des § 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung hat der Ausschuß beschlossen, diese Eingabe der Vollversammlung mit folgendem Antrag zu unterbreiten:

1. Die Eingabe der Staatsregierung zur Würdigung hinüberzugeben;
2. die Staatsregierung sei zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß heimgekehrte Kriegsgefangene im Bedarfsfalle mit der notwendigen Arbeitskleidung versehen werden.

Zur Aussprache ist niemand gemeldet; wir kommen zur Abstimmung.

Wer für diesen Antrag des Ausschusses ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle einstimmige Zustimmung fest.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag der Abgeordneten Hofer und Genossen betreffend Aufhebung des Verbots der Herstellung von Mitteln zur Schwangerschaftsverhütung (Beilage 1511).

Es ist der Wunsch geäußert worden, Ziffer 5 der Tagesordnung zurückzustellen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, Ziffer 6 a, ist bereits durch Beschluß des Landtags erledigt.

Es folgt sodann der

Mündliche Bericht des Ausschusses für Verkehrsfragen zum Antrag der Abgeordneten Schneider und Genossen, Meyer Ludwig und Dr. Wittmann betreffend Verbesserung des Eisenbahnverkehrs in Franken (Beilage 1473).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Meyer. Da er nicht hier ist, gebe ich, wenn das Haus damit einverstanden ist, den Antrag des Ausschusses bekannt. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Der Antrag lautet auf Zustimmung.

Zur Aussprache ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag des Ausschusses ist, behalte Platz. — Das hohe Haus hat so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Kiene und Genossen betreffend Nachkontrolle der hinausgegebenen Holzumlagen (Beilage 1514).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Köll; ich erteile ihm das Wort.

Köll (SPD) [Berichterstatter]: Hohes Haus! Der Antrag Kiene und Genossen betreffend Nachkontrolle der hinausgegebenen Holzumlagen scheint nach meiner unmaßgeblichen Meinung überholt zu sein, da ja die Holzbewirtschaftung zum 1. Juli freigegeben ist und nur noch Bauholz bewirtschaftet wird. Ich möchte deshalb den Herrn Präsidenten bitten, das hohe Haus zu fragen, ob wir den Antrag überhaupt behandeln sollen.

I. Vizepräsident: Der Berichterstatter fragt an, ob das hohe Haus damit einverstanden ist, daß der Antrag überhaupt nicht behandelt wird.

(Zuruf: Das geht nicht!)

— Dann müßte der Antrag zurückgezogen werden.

Die Antragsteller sind damit einverstanden, daß dieser Antrag zurückgezogen und als erledigt behandelt wird. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Das hohe Haus hat so beschlossen.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Kiene und Genossen betreffend Kontrolle über die Verwertung des Holzes und Loslösung der Holzwirtschaftsstelle vom Landwirtschaftsministerium (Beilage 1515).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Köll; ich erteile ihm das Wort.

Köll (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Berichterstatter bemängelte, daß zu viel Holz im Wald lagert, so daß die Schreiner nicht beliefert werden, Möbel für Flüchtlinge nicht angefertigt werden können usw. Es müsse eine Staatskontrolle einsehen; Sägewerke, die ihr Holz aus dem Wald nicht ausfahren, müßten vom weiteren Bezug ausgeschlossen werden.

Der Regierungsvertreter Dr. Maier stellte klar, daß die in Ziffer 2 geforderte Herausnahme der Holzwirtschaftsstelle, deren Selbstfinanzierung durch Gebühren erfolgt, und die Kontrolle schon lange durchgeführt ist.

Der Mitberichterstatter empfahl, Ziffer 1 des Antrags anzunehmen, Ziffer 2 dagegen zu streichen.

Der Regierungsvertreter Dr. Maier berichtete anschließend, daß die bayerische Sägeindustrie bei Beginn des laufenden Forstwirtschaftsjahrs über 1,3 Millionen Festmeter verfügte, die bis April 1948 auf 750 000 bis 800 000 Festmeter absanken. Die Waldbesitzer mußten zunächst zur Grubenholzumlage einschlagen, während die Brennholzumlage erst jetzt an die Reihe kommt. Sehr große Mengen lagernden Rundholzes sind nicht an die Sägewerke verkauft, sondern gehören den Waldbesitzern. Dadurch haben die Sägewerke automatisch ein Absinken ihrer Rundholzbestände hinnehmen müssen. Auch die bedeutend überschätzten Schnittholzbestände werden vielfach den Sägewerken zugeschrieben, obwohl sie ihnen nicht gehören. Der gesamte Schnittholzbestand in Bayern beträgt zur Zeit etwas über 400 000 Festmeter, wovon den Sägewerken noch nicht 200 000 Festmeter als Eigenbestand gehören. Die Militärregierung und Frankfurt verlangen von der Industrie eine monatliche Produktionsleistung von 200 000 Festmetern; davon werden 170 000 bis 180 000 erreicht. Es ist keineswegs zu viel, wenn der Bestand für eine Monatsproduktion auf Lager ist. Einzelne Werke mögen zu den notorischen Hortern gehören. Die Lagerentung ist in drei Wellen straff durchgeführt worden, wobei 140 000 Festmeter Schnittholz abgesetzt wurden. Der verbleibende Bestand ist vom sachlichen Gesichtspunkt aus keineswegs zu hoch. Würde der Gewerbebezweig restlos von Beständen entblößt, so wäre er nach der Währungsreform ein schlechter Käufer bei den Forsten und könnte sich nur durch die Liquidierung der Schnittholzbestände Geld verschaffen.

Regierungsvertreter Oberforstmeister Klitsch betonte, daß die Forstämter keine Kontrollorgane für Schnittholz und nur teilweise solche für Rundholz seien; die eigentliche Kontrolle liege bei der Holzwirtschaftsstelle.

Der Vorsitzende, der seit einem Jahr mit der Forstabteilung im Wirtschaftsministerium verhandelt, übte Kritik daran, daß dort eine Stelle die Angaben der anderen bestritte. Der Landtag wünsche sowohl für die Forst- wie für die Holzwirtschaft ein Kontrollorgan und mache keinen Unterschied zwischen Rund- und Schnittholz.

Oberforstmeister Klitsch erwiderte, weder die Holzwirtschaftsstelle noch das Wirtschaftsministerium hätten etwas mit der Forstverwaltung zu tun. Der Antrag greife zurück auf eine Einrichtung aus nationalsozialistischer Zeit, in der bei den Landräten Beauftragte der Forst- und Holzwirtschaft waren.

Brunner verlangte die Schaffung eines Kontrollorgans, das den Weg des Holzes vom Einschlag bis zum Verbraucher genau verfolgen kann.

Oberforstmeister Klitsch bestritt, daß hier eine Lücke vorhanden sei. Die Kontrolle der Forstverwaltung reiche bis zum Einschlag; sie habe aber keinen Einfluß darauf, was mit dem geschlagenen Holz geschehe.

Der Vorsitzende schlug daraufhin vor, Ziffer 1 des Antrags wie folgt zu ändern:

Zur Durchführung einer wirksamen Kontrolle über die Verwertung des Holzes wird die Staatsregierung beauftragt, bis zum 1. Juli 1948 entsprechende Vorschläge vorzulegen.

Der Antrag Kiene und Genossen wurde angenommen. Der Ausschuß empfiehlt dem hohen Hause, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme des Antrags in folgender Fassung:

Zur Durchführung einer wirksamen Kontrolle über die Verwertung des Holzes wird die Staatsregierung beauftragt, bis zum 1. Juli 1948

— wenn das hohe Haus damit einverstanden ist, setzen wir hier gleich als Termin den 15. Juli 1948 —

entsprechende Vorschläge zu machen.

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer für diesen Antrag ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einhellige Annahme fest.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Ortloph und Genossen betreffend Erhöhung der Zahl der Wildhüter (Beilage 1513).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Centmayer; ich erteile ihm das Wort.

Centmayer (CSU) [Berichterstatter]: Der Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung befaßte sich in seiner 18. Sitzung vom 16. Juni 1948 mit dem Antrag der Abgeordneten Ortloph und Genossen betreffend Erhöhung der Zahl der Wildhüter. Der Antrag findet sich auf Beilage 1291.

Der Berichterstatter führte aus, bis jetzt sei jeder Versuch gescheitert, von der Militärregierung mehr

(Centmayer [CSU])

als 5 Gewehre für jeden Landkreis zu erhalten. Der Antrag stelle einen neuerlichen Versuch dar, durch die notwendige Anzahl von Wildhütern zum Ziele zu kommen und so eine ausreichende Jagdausübung zu gewährleisten. Das Raubwild habe unter dem Nutzwild wie im Geflügelbestand große Schäden angerichtet und müsse deshalb mehr als bisher niedergehalten werden; zweitens müßten die Wildschweine, die zur Landplage geworden und nun bereits über die Donau vorgestoßen sind, wirksam bekämpft werden; drittens sei das Wildererunwesen, das bereits zu Anarchie in Wald und Flur geführt habe, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Es wird überhaupt zur allgemeinen Sicherheit in den Wäldern und auf den Dorfluren beitragen, wenn sich dort öfter ein bewaffneter Zivilist zeigt. Der Leiter des Jagdreferats im Landwirtschaftsministerium teilte mit, daß die Ausgabe von 500 Gewehren nach Unterfranken zu einem beachtlichen Erfolg geführt habe. Es wurden innerhalb vier Wochen ungefähr 1000 Wildschweine abgeschossen. Nach kurzer Aussprache stimmte der Ausschuß dem Antrag zu. Ich empfehle, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort ist niemand gemeldet; wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Ausschusses ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Brunner, Dr. Linnert und Genossen betreffend Stickstoffversorgung der Landwirtschaft (Beilage 1516).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Brunner; ich erteile ihm das Wort.

Brunner (FDP) [Berichterstatter]: Hohes Haus! Der Antrag auf Beilage 1425 hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen, um die nötige Stickstoffversorgung der Landwirtschaft aus solchen Herstellerbetrieben sicherzustellen, die innerhalb des früheren deutschen Gebietes liegen, um

1. unnötige Rohlentransporte ins Ausland zu verhindern,
2. unseren geringen Devisenbestand nicht noch für die Beschaffung eines Produktes in Anspruch nehmen zu müssen, dessen Herstellung im Inland in ausreichender Menge möglich ist.

Mit diesem Antrag hat sich der Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen in seiner Sitzung vom 16. Juni 1948 befaßt. Der Berichterstatter lenkte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß ein Teil des Stickstoffes nicht in Deutschland, sondern in Linz in Österreich gegen Ausfuhr von Kohlen hergestellt wird. Der Regierungsvertreter Oberlandwirtschaftsrat Lorch stellte in Aussicht, die Versorgung mit Stickstoff sei im neuen Düngjahr 1948/49 hundertprozentig gesichert, während im laufenden Jahr 80 Prozent der Menge des

Jahres 1938/39 verbraucht wurden. Für die Bizone müssen nicht weniger als 70 000 Tonnen reiner Stickstoff eingeführt werden. Diese Einfuhr wäre unnötig. Das bayerische Staatsministerium habe schon vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß die Einschaltung des Stickstoffwerkes Oppau die hundertprozentige Versorgung der süd- und nordwestdeutschen Landwirtschaft gewährleisten würde. In Frankfurt glaube man, daß die Stickstoffindustrie der Ruhr aushelfend einspringen könne, um auch Süddeutschland mit Stickstoff zu versorgen. Das ist ein Trugschluß. Die Landwirtschaft in der britischen Zone hat im Frieden über 200 000 Tonnen reinen Stickstoff verbraucht, 1948/49 produziert die Ruhr aber nur 170 000 Tonnen. Der Verbrauch der heutigen US-Zone betrug 1938/39 rund 100 000 Tonnen; die Werke Höchst und Trostberg können aber nur 58 000 Tonnen erzeugen. Die gegenwärtige Produktionskapazität des Werkes Oppau, 60 000 Tonnen reiner Stickstoff, könnte ohne weiteres auf 120 000 Tonnen gesteigert werden. Im Frieden leistete Oppau fast 1000 Tonnen täglich; daran ist heute nicht zu denken, aber schon 500 Tonnen täglich würden zunächst genügen. Der normale Stickstoffbedarf könnte also ohne weiteres in einheimischen Fabriken hergestellt werden. Die vor zwei Jahren gemachten Vorschläge sind nicht beachtet worden, weil die französische Besatzungsbehörde an der Zusammenarbeit nicht interessiert war. Heute ist die Lage anders; eine einmalige Gelegenheit zu einer anderweitigen Regelung ist gegeben. Das Ruhrgebiet allein kann nicht helfen, nur das Werk Oppau ist dazu imstande. Im Monat Mai sind nur 882 Tonnen reiner Stickstoff nach Bayern gekommen, davon 363 Tonnen aus Linz.

Abgeordneter Zeißlein beklagte, daß der Stickstofffrage nicht die nötige Bedeutung beigemessen werde. Bisher sei Stickstoff nur für Hackfrüchte zugeteilt worden, aber besonders für Getreide ist eine entsprechende Menge nötig. Phosphorsäure und Kalk nützen nichts ohne Stickstoff. Der Antrag sei schon deshalb notwendig, damit der Wirtschaftsrat sich mit der Militärregierung in Verbindung setzen könne, um Oppau in Betrieb zu bringen.

Der Ausschuß kam zur einstimmigen Annahme des Antrags. Ich bitte das hohe Haus, im gleichen Sinne zu beschließen.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort ist niemand gemeldet; wir kommen zur Abstimmung.

Der Antrag des Berichterstatters geht dahin, dem Antrag des Ausschusses auf Annahme des Antrags zuzustimmen. Es erhebt sich seitens des hohen Hauses kein Widerspruch. — Ich nehme die Zustimmung an, es ist so beschlossen.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Alessinger und Genossen betreffend Bildung von Ausschüssen zur Überwachung der Verwendung beschlagnahmter Güter usw. (Beilage 1145).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Bodesheim; ich erteile ihm das Wort.

Bodesheim (FDP) [Berichterstatter]: Ich habe die unangenehme Aufgabe, noch über fünf Anträge aus dem Jahre 1947 zu berichten. Die antragstellende

(Bodesheim [FDP])

Fraktion existiert nicht mehr, der Antragsteller war auch in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses, in der der Antrag behandelt wurde, nicht anwesend. Es wurde angeregt, die Sache überhaupt fallen zu lassen. Wir wollten aber nicht offene Punkte weiter vortragen, sondern erledigen, und deshalb hat sich der Ausschuß auf die Behandlung des Antrags eingelassen.

Der Berichterstatter erkannte dem Antrag eine gewisse Berechtigung zu, konnte sich aber nicht vorstellen, wie die Staatsregierung die beantragten Ausschüsse bilden kann. Er sah in der Materie eine Angelegenheit der Gemeinden und befürwortete Ablehnung des Antrags. Der Mitberichterstatter schloß sich diesem Vorschlag an. Der Beschluß des Ausschusses lautete auf Ablehnung.

I. Vizepräsident: Zur Aussprache ist niemand gemeldet, wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des Ausschusses und des Berichterstatters geht auf Ablehnung.

Wer für diesen Antrag ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Kleffinger und Genossen betreffend Verwaltung beschädigter Wohngebäude durch die Gemeinde unter Hinzuziehung von Vertretern öffentlicher Körperschaften (Beilage 1145).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Bodesheim.

Bodesheim (FDP) [Berichterstatter]: Der Antrag ist in Beilage 739 enthalten und wurde in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 24. Februar 1948 behandelt. Berichterstatter war Abgeordneter Bodesheim, Mitberichterstatter Abgeordneter Stinglwagner.

Der Berichterstatter beantragte Ablehnung, da sich schwer nachprüfen lassen wird, ob Böswilligkeit oder Unvermögen in der Materialbeschaffung vorliege. Der Mitberichterstatter schloß sich diesem Vorschlag an. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei bereits in der letzten Landtagsitzung die Frage des Rechts der Ruinen ange schnitten habe, wie das auch der vorliegende Antrag bezwecke. Der Weg der einfachen Beschlagnahme sei nicht gangbar, da sich Böswilligkeit kaum nachweisen lasse.

Der Ausschuß beantragt daher die Ablehnung des Antrags.

I. Vizepräsident: Zur Aussprache ist niemand gemeldet. Sie haben den Antrag gehört, er geht auf Ablehnung. Wer für den Antrag des Ausschusses ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle die einhellige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Kleffinger und Genossen betreffend Anweisung der Verbraucherschüsse über Bezugsnachweise zur strengen Kontrolle (Beilage 1145).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Bodesheim; ich erteile ihm das Wort.

Bodesheim (FDP) [Berichterstatter]: Der Antrag ist in Beilage 740 enthalten und wurde in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 24. Februar 1948 behandelt. Berichterstatter war Abgeordneter Bodesheim, Mitberichterstatter Abgeordneter Stinglwagner. Nach Ansicht des Berichterstatters gehört der Antrag, der einen mit dem Bezugssystem verbundenen allgemeinen Mißstand beseitigen will, nicht an den Landtag, sondern die Angelegenheit ist Aufgabe der Gemeindeverwaltung. Der Antrag sei deshalb abzulehnen. Der Mitberichterstatter schloß sich diesem Antrag an. Abgeordneter Dr. Rief äußerte Zweifel darüber, ob der Antrag eine Änderung herbeiführen könne. Der Ausschuß beantragte Ablehnung.

I. Vizepräsident: Zur Aussprache ist niemand gemeldet. Der Antrag des Ausschusses lautet auf Ablehnung des Antrags.

Wer für den Beschluß des Ausschusses ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung des hohen Hauses zu dem Antrag des Ausschusses fest.

Es folgt der

Mündliche Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Kleffinger und Genossen betreffend Verhinderung der Vernichtung von Druckerzeugnissen schöngeistiger und wissenschaftlicher Art durch Altmaterialhändler (Beilage 1145).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Bodesheim; ich erteile ihm das Wort.

Bodesheim (FDP) [Berichterstatter]: Der Antrag ist in Beilage 741 enthalten und wurde in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 24. Februar 1948 behandelt. Die Berichterstatter beantragten die Ablehnung des Antrags, da er zu harmlos sei, um ernst genommen zu werden, und auch nicht erkennen lasse, wie sich die Antragsteller die Durchführung gedacht haben. Ich beantrage in Übereinstimmung mit dem Ausschußbeschluß Ablehnung.

I. Vizepräsident: Zur Aussprache ist niemand gemeldet, wir kommen zur Abstimmung. Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört.

Wer für diesen Antrag ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt der

Mündliche Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Kleffinger und Genossen betreffend Maßnahmen bei Behörden aus Anlaß der Kohlenknappheit (Beilage 1145).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Bodesheim; ich erteile ihm das Wort.

Bodesheim (FDP) [Berichterstatter]: Der Antrag ist in Beilage 742 enthalten und wurde in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 24. Februar 1948 behandelt. Berichterstatter und Mitberichterstatter sprachen dem Antrag eine gewisse Berechtigung zu, da die Überheizung von Amtsräumen, in denen oft nur eine Person

(Bodesheim [FDP])

arbeitet, tatsächlich gelegentlich Anstoß erregen könne, hielten ihn aber nicht für zeitgemäß und mit der Würde des Ausschusses nicht vereinbar. Beide Berichterstatter sind deshalb für die Ablehnung des Antrags eingetreten. Der Ausschuß schloß sich dieser Meinung an. Ich bitte auch Sie, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zur Aussprache ist niemand gemeldet; wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Ausschusses ist, wolle Platz behalten, wer dagegen ist, sich vom Platz erheben. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses zum Antrag des Ausschusses fest.

Damit sind wir am Schlusse der heutigen Sitzung angelangt. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung wird durch den Herrn Präsidenten festgesetzt.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 11 Uhr 45 Minuten.)